

Confidentiel/vertraulich  
Bern, den 5 Mai 1992

NATIONALRAT  
Aussenpolitische Kommission

---

HAUPTPROTOKOLL            der Sitzung vom 21. April 1992  
                                 9.30 - 12.40 Uhr / 14.00 - 17.10 Uhr  
                                 in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 3

TAGESORDNUNG            Siehe Seite 2  
ORDRE DU JOUR            Voir page 2

TEILNEHMER                Präsidium : Rychen

Anwesende Mitglieder : Frey Claude, Aubry,  
Bär, Bircher Silvio, Bortoluzzi (ersetzt  
Fischer-Hägglingen), Caccia, Columberg, Eggly,  
Frey Walter, Grendelmeier, Haller, Maitre,  
Moser, Mühlemann, Nabholz, Oehler, Rebeaud,  
Rechsteiner (ersetzt Bäumlin), Ruffy,  
Scheidegger, Segmüller, Steffen, Vollmer,  
Wyss Paul, Ziegler Jean

Entschuldigt : Berger,  
am Nachmittag : Maitre, Oehler

Andere Teilnehmer :

- Traktandum 1:  
Staatssekretär J. Kellenberger, EDA  
Botschafter M. Krafft, Direktion  
Völkerrecht, EDA  
Botschafter B. Spinner, Integrationsbüro  
EDA/EVD  
T. Borer, Völkerrechtsdirektion, EDA
- Traktandum 2 :  
Botschafter J. Staehelin, Pol. Abt. I, EDA  
Botschafter S. Arioli, BAWI  
R. Ramsauer, Vizedirektor BAWI, EVD  
W. Suter, EDA
- Traktandum 6 :  
A. Nell, Stv. GS/EVD
- Traktanden 1,2,6,7 :  
F. Meier. Stv. GS/EDA

Kommissionssekretär : A. Aebi

Protokoll : I. Stauffer (d)  
                                 H. Baessler (f)



## TAGESORDNUNG

1. Bericht der Studiengruppe zu Fragen der schweizerischen Neutralität; erste Aussprache
2. Osteuropahilfe
  - Koordination innerhalb der Verwaltung; Einbezug des Parlaments
  - Schwerpunktsetzung und weiterer Handlungsbedarf
  - Antrag Bäumlin auf Schaffung einer Arbeitsgruppe Osteuropahilfe
 (siehe Teilprotokoll 1)
3. Die institutionellen Aspekte des EWR-Vertrages  
(Verschoben)
4. 91.081 n Konventionen des Europarates. Fünfter Bericht; Antrag Rebeaud  
(Verschoben)
5. Berichterstattung der Teilnehmer an der Wahlbeobachtermission in Albanien (22.3.1992)  
(Verschoben)
6. Vorbereitung der Sitzungen vom 11./12.5.92, vom 25./26.6.92 und Festlegung zusätzlicher Sitzungen im Zusammenhang mit der EWR-Botschaft und dem 3. Integrationsbericht
7. Verschiedenes  
(Traktanden 6 und 7 : siehe Teilprotokoll 2)

## ORDRE DU JOUR

1. Rapport du groupe d'étude sur la neutralité de la Suisse; première discussion
2. Aide aux pays de l'Est
  - Coordination au sein de l'administration; dans quelle mesure le Parlement peut y être associé
  - Etablissement des priorités et examen des besoins
  - Proposition Bäumlin de créer un groupe de travail "aide aux pays de l'Est"
 (cf. procès-verbal particulier 1)
3. Les aspects institutionnels du Traité EEE  
(ajourné)
4. 91.081 n Conventions du Conseil de l'Europe. Cinquième rapport; proposition Rebeaud  
(ajourné)
5. Rapport des participants à la mission d'observation des élections en Albanie (22.3.92)  
(ajourné)
6. Préparation des séances des 11/12 mai 1992 et 25/26 juin 1992, fixation d'autres séances en prévision du message sur l'EEE et du 3ème rapport sur l'intégration
7. Divers  
(Points 6 et 7 : cf. PV particulier 2)



## 1. Bericht der Studiengruppe zu Fragen der schweizerischen Neutralität; erste Aussprache

Die Kommission ist damit einverstanden, diesem Traktandum noch eine Orientierung zur neuesten Entwicklung in Libyen und Iran vorzuschieben; auch der Behandlung von Traktandum 5 gleich im Anschluss an Traktandum 2 wird zugestimmt.

Kellenberger: Zuerst zu Libyen: Der Bundesrat hat am 15 April beschlossen, autonom Sanktionen durchzuführen ähnlich denen des UNO-Sicherheitsrates. Die entsprechende Verordnung ist am Mittag des 16. April in Kraft getreten. Im Kern beinhalten diese Sanktionen ein Zivilluftfahrtsembargo, ein Embargo auf der Ausfuhr von Bestandteilen von Flugzeugen und ein Waffenausfuhrverbot - das nicht neu ist, sondern seit 1955 besteht - ; noch in Prüfung ist die Reduktion des diplomatischen Personals. Die EG-Mitgliedstaaten, die USA, die Efta-Länder und Japan führen die UNO- Sanktionen durch, und offenbar auch ein grosser Teil der arabischen Staaten. Nicht durchgeführt werden die Sanktionen vom Sudan, und unklar ist dies bei Syrien. Interessant wird es sein zu sehen, wie weit die Reduktion des diplomatischen Personals bei der libyschen Vertretung durchgeführt werden wird. Hier ist das Bild zurzeit noch gemischt. - Unsere Botschaft in Tripoli hat nicht gemeldet, dass ihr Personal schikaniert würde, und es wurde auch niemand ausgewiesen. Schon vor Wochen haben wir den Schweizern in Libyen empfohlen, nach Möglichkeit in die Schweiz zurückzukehren.

Zum Iran: Die einzige neue Entwicklung seit unserer Pressekonferenz von letzter Woche ist die, dass gestern nachmittag der Chef unserer Kanzlei im Iran Herrn Bühler besuchen konnte. Der Besuch dauerte nur fünf Minuten; aber das reichte, um sich zu vergewissern, dass es Herrn Bühler gesundheitlich gut geht. Das Gespräch musste sich vorwiegend auf die Uebermittlung von Grüssen beschränken und wurde auch immer auf Pharsi übersetzt. Insgesamt finden wir, dass das Gespräch nicht zufriedenstellend verlaufen ist, und wir sind daran, weitere Schritte zu prüfen.

Vollmer: Wie ist die politische Einschätzung der Sanktionen durch das EDA?

Frey Walter: Mir ist der Grund für die Inhaftierung dieses Mannes nach wie vor nicht bekannt. Unser EDA scheint nur zu reagieren, nicht zu agieren. Das Vorgehen des Iran ist doch völkerrechtswidrig. Was tut das EDA eigentlich dagegen?

Frau Grendelmeier: Wieviele Schweizer befinden sich zur Zeit noch in Libyen?

Frau Haller: Die Presse scheint neuerdings die These zu vertreten, dass gar nicht Libyen Drahtzieher im Lockerbie-Attentat war. Wie schätzt das EDA die inneramerikanischen Verhältnisse ein?

Kellenberger zu Herrn Vollmer: Der Entscheid des Bundesrates ist natürlich ein politischer Entscheid. Es ging darum,



Solidarität mit der Mehrheit der Staaten zu üben. Der UNO-Sicherheitsrat hat diese Sanktionen abgestützt auf das Kapitel 7, d.h. er sieht darin Massnahmen zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit. Das stand auch im Vordergrund der Entscheidung des Bundesrates. Es geht um Solidarität in der Bekämpfung des Luftterrorismus. Wo eine Güterabwägung nötig war zwischen neutralitätspolitischen Aspekten und der Solidarität wurde die Solidarität stärker gewichtet. Neutralitätsrechtlich stellten sich ja keine Probleme, weil keines der beteiligten Länder in einem militärischen Konflikt steht. Dahinter stehen übrigens auch die Überlegungen des vorliegenden Neutralitätsberichtes.

Zu Libyen: Momentan sind noch ungefähr 40 Schweizer dort. Über die Verantwortlichkeiten bei diesem Attentat hört man in der Tat Verschiedenes. Ich will nicht auf diese Gerüchte im einzelnen eingehen; es ist nicht an uns, den Beschluss des UNO-Sicherheitsrates zu interpretieren. Wie Sie wissen, wurde Libyen bereits in einer ersten Resolution aufgefordert, konkrete Massnahmen gegen den Terrorismus zu treffen. Die zweite Aufforderung betraf die Auslieferung der Verdächtigen. Libyen ist diesen wiederholten Aufforderungen nicht nachgekommen. - Aber Sie haben recht, Frau Haller, dass es Berichte gibt, dass vielleicht auch andere impliziert sein könnten.

Zu Herrn Frey Walter: Es hat mich überrascht, was Sie über das EDA gesagt haben. Herr Bühler wurde am 18. März verhaftet, am 20. März wurde es der Schweiz mitgeteilt, und wir haben noch am gleichen Tag interveniert. Seither gibt es zahllose Interventionen von Schweizer Seite, auf Ebene der Botschaft im Iran, aber auch auf Ebene des Bundespräsidenten, der einen Brief gerichtet hat an den iranischen Aussenminister, in dem er das fordert, was jedem Inhaftierten nach Wiener Konvention zusteht: Information über den Grund und den Ort der Inhaftierung, das Recht auf Besuch durch die Vertretung seines Landes und den Beizug eines Rechtsbeistandes. Wir sind nicht zufrieden mit der Reaktion des Iran, weil uns der Grund für seine Inhaftierung immer noch nicht offiziell mitgeteilt wurde. Aber angesichts der Liste der Interventionen des EDA kann man sicher nicht sagen, wir hätten immer nur reagiert.

Rechsteiner: Muss ich aus den Ausführungen von Herrn Staatssekretär Kellenberger schliessen, dass der Bundesrat auf eine eigenständige Beurteilung des Grundkonfliktes mit Libyen verzichtet? Was hält das EDA von der Problematik einer Auslieferung eigener Staatsangehöriger? Von libyscher Seite her wurde ja angeboten, die beiden Verdächtigten an ein schottisches Gericht zu überstellen unter der Voraussetzung der Garantie eines fairen Prozesses. Wie wird diese Situation beurteilt - oder verzichtet der Bundesrat prinzipiell auf eine eigenständige Beurteilung?

Kellenberger: Nein, Da haben Sie mich missverstanden. Ich sagte nur, dass es effektiv auch Gerüchte gibt, wonach andere impliziert wären. Aber unsere Beurteilung - nach dem, was wir in Erfahrung bringen konnten -, ist die, dass die Leute, deren Auslieferung gefordert wird, sehr stark verdächtig sind, in



diesem Attentat verwickelt zu sein. Sie können auch sicher sein, dass der UNO-Sicherheitsrat eine solche Resolution nicht verabschiedet, ohne dass er selbst sehr gutes Material hat.

Zur Auslieferung eigener Staatsangehörigen: Die Montreal-Konvention, die sich auf die Massnahmen, die im Luftterrorismus getroffen werden, bezieht, sieht die Möglichkeit der Auslieferung vor. Sie fordert aber vor allem, dass diese Terroristen in einem glaubwürdigen Verfahren im eigenen Lande verurteilt werden. Während man in der Schweiz sicher davon ausgehen dürfte, dass ein solches Verfahren stattfindet, fand offenbar die Völkergemeinschaft, dass die Voraussetzungen für ein solches glaubwürdiges Verfahren in Libyen nicht gewährleistet wären. Hier liegen die Verhältnisse schon anders.

Frey Walter: Ich glaube Ihnen gerne, dass sie interveniert und protestiert haben. Aber können Sie nicht noch andere Schritte unternehmen, die vielleicht ein bisschen spektakulärer wären als Briefe schreiben?

Kellenberger: Ich begreife Sie, Herr Frey. Auch wir sind nicht befriedigt vom Verlauf dieses Besuchs. Wir werden heute zusammen mit der Völkerrechtsdirektion das weitere Vorgehen diskutieren, und wir werden sehr rasch weitere Schritte unternehmen.

Präsident: Somit können wir übergehen zur Behandlung des Berichtes der Studiengruppe zur Neutralität. Zur Erinnerung: Dieser Bericht wurde im Auftrag des Bundesrates verfasst und auch schon veröffentlicht; der Bundesrat selber hat aber noch nicht Stellung genommen dazu. Die Kommission hat sich damit einverstanden erklärt, den Bericht zu diskutieren. Es ginge jetzt darum, eine Gelegenheit wahrzunehmen, unsere Meinung vor der Stellungnahme des Bundesrates zu äussern und so in der Aussenpolitik etwas mehr Einfluss zu nehmen. Wenn Sie das nicht wollen, müssen Sie das gleich sagen. Falls es zu einer Diskussion kommt, müssen wir am Schluss entscheiden, was wir mit dem Resultat tun wollen. Ich stelle dieses Vorgehen zur Diskussion.

M. Eggy : Il faut distinguer deux possibilités :  
 - nous discutons de ce rapport, mais nous ne prenons pas de position officielle en tant que commission vis-à-vis de l'opinion publique, le Conseil fédéral n'ayant pas pris position sur la question,  
 - nous prenons position publiquement, ce qui lancera le débat, et il faudra l'annoncer au Conseil fédéral.  
 Je suis en faveur de la première variante.

M. Claude Frey : Nous sommes en pleine confusion : nous avons certes décidé de discuter d'un rapport, mais c'est celui d'un groupe de travail mandaté par le Conseil fédéral, alors que nous devrions avoir la position du Conseil fédéral lui-même. Nous voulions ainsi avoir davantage d'influence sur le Conseil fédéral, mais c'est une illusion lyrique. En effet, nous venons de parler des sanctions contre la Libye : elles constituent déjà l'application de ce rapport, ne répondant pas à la



politique traditionnelle. Notre décision est "autonome", nous dit-on, alors que nous faisons la même chose que les autres pays.

Je ne suis pas opposé à une discussion sur ce rapport, mais je souhaite d'en rester à une discussion interne, sans publication de l'avis de la commission. Il appartient aussi au Conseil fédéral de donner sa position.

Mühlemann: Ich unterstütze den Präsidenten in seinem Mut, methodisch einmal andere Wege zu gehen. Wir haben nur eine legal verankerte Möglichkeit, in der Aussenpolitik mitzubestimmen, nämlich in der Neutralitätspolitik. Wir haben hier die Chance, dem Bundesrat Anregungen zu geben. Ich würde aber davor warnen, dass unsere Stellungnahme nach aussen ginge. Es gibt keinen interessanteren Zeitpunkt, dieses Thema zu diskutieren: Sowohl im Falle von Irak als im Fall Libyen ist der Bundesrat von der traditionellen Neutralitätspolitik abgewichen, und wir können im Zusammenhang mit dem vorliegenden Bericht darüber diskutieren, ob das richtig oder falsch war.

Frau Haller: Ich warne davor, Möglichkeiten, die wir uns eröffnet haben, in unweiser Selbstbeschränkung gleich wieder zuzuschliessen. Wir wollten ja häufiger im Gespräch sein mit dem Departement und dem Bundesrat. Es gibt keine bessere Gelegenheit dazu als im jetzigen Moment über diesen Bericht zu diskutieren - selbstverständlich nicht, um damit gegen aussen zu treten.

Frau Grendelmeier: Wir haben ja letztes Mal beschlossen, dass wir über den Neutralitätsbericht reden wollen. Ich weiss gar nicht, warum wir jetzt noch darüber diskutieren, ob wir dies tun sollen.

Präsident: Danke, Frau Grendelmeier. Ich schätze es, eine Kommission zu haben, die etwas schwierig ist; das ist viel interessanter. - Es stellt niemand den Antrag, dieses Traktandum nicht zu behandeln. Somit werde ich nach der Einführung durch Herrn Krafft den Bericht als Ganzes zur Diskussion stellen.

M. l'ambassadeur Krafft : Le rapport sur la neutralité appelle deux remarques initiales:

1) Comme vous l'avez déjà souligné, il s'agit du rapport d'un groupe d'étude mandaté par le Conseil fédéral, et non d'un rapport du Conseil fédéral. L'étude porte sur la problématique de la neutralité dans son ensemble : aspects de politique extérieure, politique de sécurité, politique intérieure, conséquences d'une nouvelle orientation de la politique de neutralité sur différents aspects de notre politique étrangère, notamment des bons offices et de notre politique intérieure. Ce rapport, nous l'avons souhaité aussi court que possible pour qu'il soit lisible et qu'il soit lu - étant de 30 pages - et aussi, nous avons voulu qu'il soit adopté par l'ensemble du groupe d'étude. Nous avons voulu éviter de faire apparaître des avis de minorités qui divergent.

Le groupe réunissait des personnalités de différentes sensibilités politiques, et les travaux ont duré non moins d'un an.



2) Il n'y a pas de surprise dans ce rapport dans la mesure où ses conclusions rejoignent celles du Conseil fédéral figurant dans différents rapports qu'il a adoptés ces dernières années. Rappelons que dans son rapport sur la politique de sécurité de la Suisse du 1er octobre 1990, le Conseil fédéral disait déjà : "Avec la disparition de l'ordre européen d'après-guerre, notre neutralité prend une signification nouvelle." Il disait aussi en 1990, "actuellement notre pays n'a aucune raison de renoncer aux principes éprouvés de la neutralité".

Dans son rapport du 27 janvier 1992 concernant la conception de l'armée dans les années 90, le Conseil fédéral répétait :

"actuellement, la Suisse n'a aucune raison de s'écarter, en matière de politique de sécurité, de la stratégie de neutralité", mais il ajoutait : "...il semble néanmoins incontestable que notre politique de neutralité doit faire peau neuve". Dans son rapport sur la politique d'intégration, le Conseil fédéral se livre aussi à une réflexion sur la neutralité.

Voici les conclusions auxquelles nous sommes parvenus :

1) La Suisse doit, dans les circonstances actuelles, maintenir son statut de neutralité permanente telle que définie par le droit international public, du moins aussi longtemps qu'une structure de sécurité offrant des garanties équivalentes n'aura pas été créée.

2) La neutralité n'est pas un objectif, mais un instrument parmi d'autres de la politique étrangère suisse, et comme tout instrument, il doit être adapté aux objectifs de cette politique. Le prochain rapport sur la politique extérieure de la Suisse fera état de cette observation.

3) La Suisse doit mettre à profit la liberté de manoeuvre que lui laissent ses obligations résultant du droit de la neutralité pour redéfinir sa politique extérieure et l'adapter aux circonstances actuelles : un environnement politique, en Europe et dans le monde, profondément modifié.

4) Dans ce contexte, la neutralité doit être concentrée sur la stricte définition qu'en donne le droit international, à savoir *la non participation militaire à un conflit armé entre d'autres Etats*. Nous en revenons à ce que le Conseil fédéral avait relevé à plusieurs reprises à ce qui fait l'essence de la neutralité.

La neutralité ne fait pas obstacle à une coopération avec d'autres Etats dans le sens d'une plus grande solidarité face aux nouvelles formes de dangers extérieurs qui apparaissent en Europe et dans le monde. La Suisse va en particulier participer à la création de structures de sécurité solides en Europe et mener une politique active en faveur de la paix.

Nous avons aussi constaté que cette neutralité ne fait pas obstacle :

- . à une adhésion à la Communauté européenne ainsi qu'à la future Union européenne,

- . à une participation à des sanctions économiques décidées par le Conseil de sécurité des Nations Unies conformément à la Charte des Nations Unies - cf. l'Irak et la Lybie - ;

- . à l'octroi d'un droit de passage ou de transit par le territoire suisse - rappelons le refus de survol du territoire suisse décidé lors du conflit irakien - ,

- . à la participation de la Suisse à des sanctions économiques admises par le droit international public, en-



dehors des Nations Unies, et adoptées par un groupe d'Etats significatif, contre l'auteur d'une violation du droit international ou contre un Etat qui menace la paix.

*Sur le plan de la politique intérieure*, nous avons relevé que les arguments en faveur du maintien de la neutralité qui se fondaient essentiellement sur des éléments de politique intérieure, ont soit disparu, soit perdu de leur importance. Cependant, la neutralité reste profondément enracinée dans l'esprit d'un grand nombre de nos compatriotes, pour lesquels elle reste l'une des caractéristiques de notre identité nationale.

*La politique étrangère actuelle*, pour pouvoir être appuyée par une bonne partie du peuple suisse, se doit donc de prendre en compte l'attitude généralement positive des Suisses à l'égard de la neutralité. Ceci nous a amenés à insister sur l'importance que nous attachons à ce que les autorités fédérales informent et fassent comprendre la nécessité de donner une nouvelle orientation à notre politique de neutralité à la lumière des changements intervenus récemment en Europe et dans le monde.

Comme vous le savez, le Conseil fédéral n'a fait que prendre connaissance du rapport, dont il a autorisé la publication, et qui a été présenté lors d'une conférence de presse. Le Conseil fédéral sera amené très prochainement à prendre position en tous cas sur le volet particulier de la neutralité dans le contexte de l'intégration européenne, avec pour aboutissement le troisième rapport sur la question.

Wyss Paul: Ich habe den Bericht gründlich studiert und in unserer Partei auch schon eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema geleitet. Ueber ein Phänomen kommen wir sicher nicht herum - es ist in Kapitel 11 sehr gut umschrieben - , nämlich dass der Schweizer und die Schweizerin in bezug auf die Neutralität ganz verschiedene Ansichten haben. Das hat der Bericht zwar angedeutet, aber in den Konklusionen zu wenig berücksichtigt. Der Neutralitätsbegriff ist sehr tief verankert; das hat sich auch in unserer Arbeitsgruppe gezeigt. Eine grosse Rolle spielt die Definition des Begriffes: Persönlich bin ich glücklich darüber, dass man zurückgekommen ist zu einer klaren Definition, nämlich die militärische Nichtteilnahme an Kriegen zwischen anderen Staaten. Das ist die einzig klare Konklusion, die aus dem Bericht hervorgeht. Heute gibt es aber noch viele andere Vorstellungen; man spricht von wirtschaftlicher Neutralität, von Gesinnungsneutralität, von politischer Neutralität, und niemand weiss genau, was das heisst. Im allgemeinen ist Neutralität nur eine Ausrede, um nichts zu tun, um sich im Zweifelsfalle nicht engagieren zu müssen. Diese grosse Frage kann man wahrscheinlich weder mit einem Begriff noch mit einem noch so guten Bericht beantworten.

Ich finde den Bericht als ganzes ausgezeichnet, weil er auf einfache, nicht wissenschaftliche und klare Weise diese Probleme darlegt. Neutralität ist kein Dogma, sie ist nur eines der Mittel der Aussenpolitik - das ist eine sehr wichtige Aussage. Ebenso wichtig ist die Forderung, dass wir eine viel aktivere Aussenpolitik führen müssen. Die Anwendung der Neutralitätspolitik im einzelnen hingegen müsste noch genauer ausgeführt werden, wie z.B. die Frage, was bei einem EG-



Beitritt passieren würde. Eine solche Aktualisierung wäre interessant, vor allem in all jenen Kapiteln, die eine Gegenüberstellung des Neutralitätsrechtes zur Neutralitätspolitik beinhalten. - Als Ganzes ist der Bericht sehr instruktiv. Es wird sehr viel Informationsarbeit nötig sein; denn jeder versteht heute unter Neutralität etwas anderes. Der Bericht ist gut, übersichtlich, müsste aber in Einzelpunkten noch tiefer gehen.

Frau Nabholz: Ich bin sehr dankbar für diesen Bericht, weil er auf einfache, aber deutliche Weise im Wildwuchs von Vorstellungen, der in den Köpfen jedes einzelnen mit dem Begriff Neutralität verbunden ist, etwas Ordnung schafft. Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik sind derart komplexe Fragen, dass wir sie nicht nur mit dem Gefühl bewältigen dürfen. Bei aller positiven Einstellung zu diesem Bericht habe ich bei mir ein gewisses Missbehagen festgestellt: Man kann ja zurückgreifen auf eine lange Kette offizieller Stellungnahmen, Berichte aus dem Departement, Gutachtertätigkeiten, wo man in gewissen Fragen zu gegenteiligen Schlüssen als diese Arbeitsgruppe gekommen ist. Mir fehlt jetzt der Brückenschlag zwischen diesen früheren offiziellen Stellungnahmen und den Feststellungen dieser Arbeitsgruppe. In der Stellungnahme des Bundesrates müsste eine solche Erklärung, die auch nachvollziehbar ist, ein zentrales Element sein. Der Verweis auf die veränderten geopolitischen Umstände allein ist vielleicht ein bisschen dürftig.

Wie ich verstanden habe, hat Herr Botschafter Krafft ganz dezidiert gesagt, "die dauernde Neutralität der Schweiz wird aufrecht erhalten." Dies ist wohl eine Aussage auf Zeit, denn ich kann mir vorstellen, dass im Zuge der Beitrittsverhandlungen anderer neutraler Staaten - z.B. von Oesterreich, dessen Neutralität eigentlich nach dem Muster der Schweiz ausgestaltet ist - die Neutralität ein Diskussionspunkt sein wird. Ich frage mich nun, wieweit die Aussage von Herrn Krafft in relativ kurzer Zeit wieder relativiert werden muss; denn ich kann mir nicht vorstellen, dass diese Verhandlungen keine Reflexwirkungen auf unser Land haben werden.

Die Neutralität ist nicht Selbstzweck, sondern Instrument, um ein Ziel zu erreichen, und das erfordert auch dauernd eine Anpassung an neue Umstände - einverstanden. Wir lockern ja jetzt die traditionelle Handhabung unserer Neutralitätspolitik. Ist das nicht ein Point of no return, wenn sich die Umstände wieder ins Negative verkehren würden, und wo wieder eine traditionelle Form der Neutralität gefragt wäre? Wäre dieser Weg noch offen?

Soweit ich informiert bin, hat es in Oesterreich im Zusammenhang mit dem EG-Beitritt eine ähnliche Arbeit über die Neutralitätsfrage gegeben, und dieser Bericht ist zum gegenteiligen Schluss gekommen als die schweizerische Arbeitsgruppe. Wenn das zutrifft, wäre ich froh, hierzu noch ein paar Ausführungen zu erhalten.

M. Egaly : A la place de M. l'ambassadeur Krafft, je n'aurais pas eu cette même satisfaction devant l'unanimité du groupe de



travail et de le voir arriver à une conclusion sans opinions dissidentes. Sur un sujet comme celui-ci, pour que l'on arrive à l'unanimité, c'est qu'il y a non pas superficialité - la composition de ce groupe de travail l'exclut - mais c'est que dans l'inconscient collectif, on n'a pas osé aller au fond des choses. J'avoue avoir été frustré et quelque peu déçu, tout en appréciant le raisonnement rigoureux qui a présidé à ce travail. Mais il ne m'a pas convaincu.

En effet, le rapport donne la même définition, non seulement du statut de neutralité, mais aussi de la politique de neutralité, alors que l'interprétation change énormément. Autrement dit, on a la même définition, et il se trouve brusquement que l'on peut désormais, avec cette même définition, appliquer non seulement les sanctions de l'ONU, mais même les sanctions d'un groupe de pays. Je conçois bien dès lors que ceux qui, comme le "tandem Frey", sont opposés à un changement de notre politique de neutralité, puissent avoir une réaction de défiance devant les arguments proposés. En effet, avec une interprétation si différente, peut-on utiliser les mêmes mots?

Autre chose me frappe : en octobre dernier, de la manière la plus claire, MM. Felber et Delamuraz ont dit que le traité EEE se place dans la perspective de l'adhésion à la CE. Il est possible que le peuple et les cantons suisses ne l'entendent pas de ces oreilles, et qu'à l'instar du "tandem Frey", nous ne puissions suivre la perspective du Conseil fédéral. Imaginons donc que nous puissions entrer dans la CE vers 1998, lorsque la CE aurait progressé dans sa propre intégration - dans l'unité politique, en matière de défense peut-être - nous en resterions avec cette idée de neutralité permanente intégrale simplement adaptée.

J'aurais préféré que l'on marquât mieux la phase de transition dans laquelle nous sommes, c'est-à-dire où il est difficile de définir des conceptions, et où tout est suspendu. N'est-ce pas justement dans une phase où tout est suspendu que l'on doit le plus utiliser ce que Michel Rocard appelle le "parler vrai"? Ne faut-il pas se méfier de ces mots rassurants qui ont l'air de dire que rien ne change, alors que l'on sait que tout est en changement? N'est-ce pas dangereux de faire croire cela au peuple, qui le sent? N'est-ce pas la responsabilité de l'autorité politique d'arriver à trouver le langage vrai en disant par exemple, que l'on ne peut plus parler de la neutralité de la même manière qu'auparavant parce que dans l'optique européenne, on peut imaginer une neutralité qui persisterait s'il y avait un conflit entre pays européens - mais que si nous nous associons avec la CE dans des sanctions contre l'Irak, par exemple, ce ne serait plus la neutralité d'antan?

Je crois d'ailleurs que M. Villiger n'a pas eu tort, sans examen préalable approfondi, de parler de notre perspective de neutralité différenciée.

Je me demande si le Conseil fédéral a eu raison d'autoriser une conférence et la publication de ce rapport. Ce rapport, qui se trouve jeté dans le débat, est à la fois académique et politique, et finalement, complique plutôt les choses pour l'autorité politique, qui en fait devrait se sentir libre de tracer la voie.

Dans cette période, il faut veiller à ne pas faire l'impression de jouer sur les mots, ni donner au peuple l'impression qu'on



lui cache quelque chose. J'aurais préféré que l'on dît que la politique de neutralité faisait l'objet d'une recherche de redéfinition dans le contexte européen.

**M. Rebeaud** : Je partage l'avis de M. Eggly et je serai même plus sévère : ou bien on a un rapport d'experts qui donne des lumières sur la nature du problème, ou bien on a un rapport politique, mais il faudrait au moins que celui-ci soit cautionné par le Conseil fédéral, ce qui n'est pas le cas. M. Eggly a raison de souligner qu'il s'agit essentiellement d'un document politique qui vise à rassurer le peuple suisse quant au destin de la neutralité dans la perspective de l'intégration européenne. La brièveté extrême du chapitre consacré à la contradiction fondamentale entre les exigences et les projets de la CE, et le maintien de la neutralité suisse, me stupéfient. Je n'aurais pas pardonné que le Conseil fédéral passât aussi rapidement sur un chapitre aussi délicat. Vous connaissez très bien les données du problème, et vous savez que des voix autorisées auprès de la Communauté considèrent comme incompatible l'adhésion d'un pays neutre à la CE, et il nous faudra renoncer à la neutralité pour pouvoir participer à l'avenir à l'édification d'une défense européenne commune. C'est la perspective de la construction de l'Union européenne, et nous ne pouvons pas l'ignorer. Cela se passera peut-être différemment, mais il faut admettre que cela se présente ainsi sur le plan institutionnel. La Communauté pourrait-elle accepter d'intégrer en son sein un pays qui, par défense de son identité propre, rendrait impossible la création de la défense européenne commune, qui est l'un des objectifs de l'Union européenne? Les perspectives de base se placent dans une contradiction fondamentale, et le rapport aurait dû mettre cela en évidence, quitte à ce qu'on annonce que la Suisse devrait sacrifier sa neutralité pour participer à l'intégration européenne, ou au contraire, à dire qu'il faut que la Suisse soit vigilante et qu'elle renonce à entrer dans la CE si elle devait sacrifier sa neutralité. J'entends sa neutralité au sens le plus strict du terme, comme défini par M. l'ambassadeur Krafft, à savoir la non participation à toute action armée entre des Etats. Nous avons déjà démontré, avec l'Albanie, et avec la Lybie, le peu de marge de manoeuvre dont jouit le gouvernement fédéral dans les conflits internationaux. J'ai des craintes encore plus graves quant au jour où il se vérifiera que les Nations Unies font le jeu de la politique impérialiste des USA. Je suis de ceux qui croient encore à la nécessité de maintenir certains Etats neutres, dont la Suisse, qui se tiennent en-dehors de ce système pour aider éventuellement à réparer des erreurs. Je trouve dommage qu'un rapport d'experts, qui n'a pas la fonction politique que pourrait avoir celui du CF, n'ait pas approfondi ces questions.

**Steffen**: Der Bundesrat hat ja dieser Studienkommission einen klaren Auftrag erteilt, und er hat offensichtlich auch die Zusammensetzung dieser Kommission bestimmt. Das ist sein Recht. Nun ist aber etwas passiert, das ich als einfacher Bürger folgender-massen beurteile: Wir haben vor einiger Zeit eine Studie über die Neutralität bekommen von Professor Wolfgang von Wartburg, einem Historiker, der wahrscheinlich viel mehr die Gefühle des Volkes einbezieht. Insbesondere das Stichwort der



immerwährenden Neutralität ist in den Seelen verwurzelt, ein Begriff, der zwar nicht rechtlich erfasst werden kann, der aber von Generation zu Generation übertragen wurde. Wenn Prof. von Wartburg in dieser Studienkommission gewesen wäre, wäre die Schlussbeurteilung ganz sicher nicht einhellig gewesen. Dank der einseitigen Zusammensetzung der Kommission ist es nun so, dass in diesem Bericht alle Hindernisse für das, was der Bundesrat in seiner zukünftigen Aussenpolitik anvisiert, ausgeräumt werden. Das einzige, was noch bleibt, ist die Neutralität im Kriegsfall. Alles andere wird auf dem Altar des Rechts geopfert. Vielleicht war der Bundesrat nicht gut beraten, eine so einseitige Kommission zusammenzustellen; denn der ganze historische Komplex müsste in dieser Studie stärker berücksichtigt werden.

Ein letzter Punkt zur Auswertung: Ich habe es sehr bedauert, dass unser Präsident, Albert Rychen, nach der Veröffentlichung der Studie in der Öffentlichkeit die Sache sehr dezidiert unterstützt hat. Das hat den Eindruck erweckt, als ob alles einhellig in diese Richtung laufen müsste. Es ist ein sehr kluger, politischer Schachzug, wenn man ausgerechnet einen führenden SVP-Politiker findet, der hier eine ganz andere Politik vertritt, als das - vielleicht - die Mehrheit der SVP täte. Herr Rychen war wahrscheinlich einem starken gruppenspezifischen Prozess ausgesetzt, und so hat er seine Meinung bekannt gegeben. Ich schätze sie, glaube aber, etwas mehr Zurückhaltung wäre besser gewesen.

Bortoluzzi: Dieser Bericht ist sehr interessant und anregend. Für mich ist Neutralität nicht beschränkt auf kriegerische Auseinandersetzungen; sie kann sich auch auf Auseinandersetzungen auf anderen Ebenen wie z.B. der wirtschaftlichen beziehen. Neutralität heisst für mich nicht, dass man keine Stellung beziehen soll. Aber dass die Neutralität in unserem Volk sehr stark verwurzelt ist, ist klar, und auch, dass die Vorstellungen über diesen Begriff sehr unterschiedlich sind. Der Bericht hat das Spannungsfeld der Öffnung resp. der Bewahrung sehr schön aufgezeigt. Es kam auch zum Ausdruck, dass die Neutralität mit der Selbstbestimmung sehr eng verknüpft ist. Die Selbstbestimmung aber kann in keiner Weise durch Mitbestimmung ersetzt werden. Dieser Bericht scheint mir ein Entschuldigungsdokument zu sein, weil man gewillt ist, das Selbstbestimmungsrecht teilweise aufzugeben. Der Begriff der Neutralität wird so zurechtgebogen, dass die Aufgabe der Selbstbestimmung gerechtfertigt wird und dass die Selbstbestimmung auf die Punkte beschränkt bleibt, in denen sie noch möglich ist. Die Frage z.B., wie die Wahrung und Förderung der Autonomie langfristig am besten zu erreichen wäre, wird nicht oder nur sehr einseitig beantwortet, nämlich dass ein Mitmachen in einem neuen Europa der einzig richtige Weg sein. Ich hege Zweifel, ob dieses Ziel in der angestrebten Form erreicht werden kann. Eine Öffnung kann durchaus erfolgen durch eine aktive Neutralitätspolitik, die aber darauf angewiesen ist, dass das Selbstbestimmungsrecht in möglichst vielen Bereichen erhalten bleibt.

Rechsteiner: In einigen Voten wurde der Stellenwert dieses Berichtes unterschätzt. Wenn wir auf die Definitionen der



Neutralität während der letzten Jahrzehnte zurückblicken und auch auf die politische Tragweite der Entscheidungen, die auf diese Definitionen abgestützt wurden, müssen wir feststellen, dass sich seit sehr langer Zeit nie so viel bewegt hat wie in den letzten drei Jahren. Manchmal staunt man, wie z.B. Leute, die noch während der Abstimmungskampagne über die Gsoa-Initiative die immerwährende Neutralität beschworen, zu diesem Thema jetzt ganz andere Auffassungen vertreten und die Neutralität sehr stark relativieren möchten.

Der Bericht weist zu Recht darauf hin, dass die Neutralität und ihr Stellenwert nur im Zusammenhang mit den Zielen der schweizerischen Aussenpolitik richtig gewichtet werden kann. Diese Ziele werden in diesem Bericht etwas abweichend von der bisherigen Umschreibung definiert. Eigentlich müsste es den Bundesrat und das Parlament in erster Linie beschäftigen, wie die aussenpolitischen Ziele generell aussehen. Es fällt auf, dass nach den Vorstellungen dieser Arbeitsgruppe das Ziel der Solidarität zu kurz kommt. - Die Neutralität wird in ihrem Stellenwert und in ihren positiven Auswirkungen für die Zukunft insgesamt etwas unterschätzt. Der Bericht der Arbeitsgruppe ist in zwei Zusammenhängen unmittelbar politikrelevant. Zunächst stellt sich die Frage nach der Vereinbarkeit der Neutralität mit einem EG-Beitritt; diese Fragestellung war schon bei der Diskussion eines UNO-Beitritts aufgetaucht. Dort hatte der Bundesrat in seiner Botschaft einleuchtend dargestellt, dass hier keine Widersprüche bestünden. Es wurde aber damals noch klar gesagt, dass das Neutralitätsrecht gebiete, dass die Schweiz nie militärische Sanktionen mittragen dürfte. Im vorliegenden Bericht ist diese Frage etwas anders abgehandelt, was mir vor allem mit Blick auf die gewandelte Stellung der UNO in der Welt ein wenig problematisch erscheint. Es besteht ja die Gefahr, dass die UNO sehr viel stärker als früher instrumentalisiert werden kann durch die letzte verbliebene Supermacht, die USA. Die aussenpolitischen Interessen der USA könnten für die Definition der UNO-Politik und die Umsetzung von Zwangsmassnahmen massgebender werden als die tatsächlichen Interessen der Völkergemeinschaft. Auf diesem Hintergrund gewinnt natürlich die Aeusserung des Bundesrates in der UNO-Botschaft ein grösseres Gewicht, als ihr im Bericht der Studiengruppe gegeben worden ist.

In bezug auf die EG stellt der Bericht richtigerweise dar, dass im heutigen Zeitpunkt keine Widersprüche zur Neutralität bestehen. Die Beschlüsse von Maastricht, wo eine gemeinsame Verteidigung abgelehnt wurde, lassen ja einen integrationspolitischen Kurs, der auf der Neutralität beharrt, zu. Im Hinblick auf die Pläne für eine Politische Union dagegen besteht ein gewisses Spannungsfeld.

Die zentralste Frage in diesem Bericht ist die Frage nach einer möglichen Integration der Schweiz in ein militärisches Bündnis. Hier scheint mir der Bericht sehr fragwürdig zu sein. Das Tempo, in welchem sich die Haltung des Bundesrates jetzt verändert, ist geradezu atemberaubend. Noch im letzten September hat der Bundesrat in seiner Stellungnahme zur Problematik der Verbindungen der Schweizer Geheimarmee P26 mit dem englischen Geheimdienst festgehalten, dass er sich deshalb



in der zentralen Frage, nämlich der Neutralitätsproblematik, entlastet fühle, weil keine Beziehungen bestanden hätten zu einer militärischen Gemeinschaft oder zu Nato-Organen. Letzte Woche nun hat Bundesrat Villiger in der "Berner Zeitung" ein Interview gegeben, in dem er Auesserungen weiterschreibt, die in der Botschaft zur FA/18-Beschaffung bereits angetönt sind. Bundesrat Villiger sagt, dass sich die Frage stelle, ob die Schweiz unter Umständen das Mittun in einem europäischen Verteidigungssystem anvisieren müsse, weil sie im Alleingang ihre Verteidigungsaufgaben nicht mehr erfüllen könne. Er begründet diesen Bruch mit der bisherigen Praxis mit dem Bericht der Studiengruppe des EDA, wo das legitimiert wird.

Ich bin froh, dass diese Diskussion hier stattfinden kann, denn dieser Bericht reduziert den Kern der Neutralität auf die Nichtteilnahme an einem Krieg bei gleichzeitiger Bereitschaft zur Verteidigung des eigenen Hoheitsgebietes. Diese Reduktion der Neutralitätspflichten halte ich für sehr bedenklich auf dem Hintergrund dessen, was die ständige Politik der Schweiz bisher aus dem Neutralitätsrecht abgeleitet hat: Die Erklärung des Bundesrates von 1954 ist wohl die wichtigste Erklärung zu diesem Bereich. Sie besagt, dass aus der Neutralität eine Pflicht entsteht, alles zu tun und zu unterlassen, was nötig ist, um nicht in einen Krieg hineingezogen zu werden - die sogenannten Vorwirkungen der Neutralität. Wörtlich wird da gesagt, dass die Schweiz deshalb insbesondere keine Verträge schliessen dürfe, die sie zum Krieg verpflichte, z.B. Garantieverträge, Offensivallianzen oder Defensivbündnisse mit Reziprozitätswirkungen. Auch wenn die Militärbündnisse defensiv orientiert sind, bringen sie Vorwirkungen mit sich, und darum halte ich die neue Definition für fragwürdig. Die Integration in ein europäisches Sicherheitssystem bringt die Gefahr mit sich, dass euromilitaristische Absichten gegenüber Absichten einer zivilen Orientierung einer allfälligen Grossmacht Europa sich durchsetzen.

Die Umschreibung der Neutralität kann gerade für die Integrationspolitik von Bedeutung werden; denn die Problematik, in der sich die Schweiz befindet, ist ja nicht singulär, auch die anderen neutralen Länder Europas sind davon betroffen, sowohl innerhalb der EG wie z.B. Irland oder ausserhalb der EG. Die Neutralität kann Ausgangspunkt für eine Ausgestaltung der EG-Politik werden, die zivil ausgerichtet ist, d.h. zivile Formen gegenüber militärischen Formen bevorzugt. In diesem Sinne ist der Bericht der Studiengruppe problematisch. Er hat aber das Verdienst, dass er dieses Problem auf den Tisch legt, und damit wird das Parlament die Gelegenheit bekommen, sich mit dieser zentralen Frage auseinanderzusetzen.

Frey Walter: Mit dem vorliegenden Bericht wurde weiss Gott die Neutralität nicht neu erfunden. Persönlich wäre ich als Bundesrat nicht befriedigt mit der Arbeit dieser Gruppe. Als Präsident der Arbeitsgruppe unserer Partei, die ein Papier zur Neutralität erarbeitet, habe ich mir schon vertiefte Gedanken dazu gemacht. Der Präsident dieser Kommission konnte kurz einmal Einblick nehmen, Das, was wir dort erarbeitet haben, ist ein bisschen breiter als das, was wir hier in einer verkürzten Fassung vor uns haben.



Herr Eggly hat bereits viel dazu gesagt: Wissenschaftlich bringt der Bericht nicht viel Neues. Schon seit 1948 oder seit der Festschreibung der Neutralität in der Haager Konvention konnte man die Neutralität entweder aktiv oder passiv betreiben, mit Ausnahme des Kernbereiches, nämlich der Beteiligung an militärischen Konflikten. Was aber der Bericht in den einzelnen Punkten, wo er von der Theorie in die Praxis geht, ausführt, kommt mir vor wie ein bestelltes Gutachten - obwohl mir die meisten der Autoren absolut unverdächtig sind. Man versucht, das Problem zu lösen, wie ein Mitmachen der Schweiz bei der EG mit der Neutralität zu vereinbaren wäre. Dabei ist der Schuss hinten hinaus gegangen. Wenn unter Punkt 8 festgestellt wird, die Neutralität sei kein Hindernis, in die EG einzutreten, dann weiss ich nicht mehr, was ein Hindernis ist. Es ist im geschriebenen Recht ganz eindeutig das Ziel der EG, eine politische Union zu vollziehen, die aussenpolitisch und sicherheitspolitisch handlungsfähig ist. Das wurde doch gerade durch das Maastrichter Abkommen noch einmal, in einer neuen Dimension, klargelegt. In Punkt 14 kommt die Arbeitsgruppe wieder darauf zurück und betont, dass wir selbstverständlich auf militärischer Ebene nicht mitmachen könnten, weil das den Kern der Neutralität berühren würde. Das ist doch ein direkter Widerspruch zur ersten Aussage. Das Haager Abkommen beinhaltet auch ein Ueberflugsverbot, und hier wird nun - ohne jede Erklärung - behauptet, dass man in Zukunft unter besonderen Umständen auch diesen Kerngehalt der Neutralität verletzen dürfe. Das ist stossend.

Herr Wyss möchte eine grossangelegte Informationskampagne machen über dieses Berichtlein. Mir hat der Mathematiklehrer einmal eine an die Ohren gehauen, weil ich durch Null teilen wollte. Mit Null mache man keine Mathematik, hat der Lehrer gesagt, und das möchte ich auch im Zusammenhang mit diesem Bericht sagen. Er ist ein Denkanstoss, sicher, und ich danke den Leuten, dass sie den unternommen haben. Es ist auch wirklich toll, wie wir als Milizparlamentarier unsere freie Zeit hingeben, um unsere Meinungen einzubringen. Aber ob das unseren Bundsrat in seiner schwierigen Aufgabe, nämlich Entscheide zu treffen, wie er die Neutralitätspolitik definiert und vor dem Volke verantwortet, daran zweifle ich. Falls uns der Bundesrat dazu missbraucht, einfach einmal "den Puls zu fühlen", möchte ich Sie darauf hinweisen, dass dabei schon öfters eine falsche Diagnose herausgekommen ist - man denke an die Abstimmung über den UNO-Beitritt.

Ich kann mich mit diesem Bericht nicht befreunden; er enthält sehr viele Ungereimtheiten. Wie Herr Bortoluzzi gesagt hat: Einerseits will man den Frieden durch Kooperation, andererseits hat die Neutralität die Souveränität zum Inhalt. Diese Frage wurde hier nicht angeschnitten, aber genau diese Frage wird das Volk schlussendlich stellen. Gerade hier liegt ein Kernproblem vor. Ich werde diesen Bericht zu den Akten legen und hoffe, dass ich vom Bundesrat noch etwas dazu hören werde; dann werden wir sicher Stellung beziehen. Der Bericht ist ein Gefälligkeitsgutachten für den Bundesrat, der ihm den Weg für seine integrationspolitischen Absichten ebnen soll.



Frau Grendelmeier: Herr Frey, wenn es sich um einen Null-Bericht handelt, dann frage ich mich, warum Sie sich so echauffieren können. Ich habe einen anderen Verdacht: Könnte es sein, dass Sie diese Diskussion als ein Vehikel benutzen, um Ihre Anti-EG-Politik zu betreiben? Das wäre nicht unlogisch; denn die EG-Diskussion regt ja zu Veränderungen unseres Selbstverständnisses an. Was der Bericht hervorragend darlegt, ist auch nicht neu, nämlich dass es sich bei der Neutralität nicht um eine Religion, nicht um ein Dogma handelt, sondern um ein simples Instrument unserer Aussenpolitik. Wenn man aber davon ausgeht, dass Aussenpolitik in der Schweiz per se nur dann gut ist, wenn sie nicht stattfindet, dann muss dieser Bericht ausserordentlich beunruhigen. Ihr Votum, Herr Frey, empfinde ich als ein Zeichen äusserster Beunruhigung - und das soll es auch sein. Wir sind in einer unruhigen Welt und können uns nicht mehr zurücklehnen und warten, was die anderen so machen. Der Sonderfall Schweiz - das wird auf Seite 26 sehr schön skizziert - ist damit zu Ende. Wir sinken ab zu ganz gewöhnlichen Bürgern eines ganz gewöhnlichen Staates, und das scheint viele Bürger entsetzlich zu kränken.

Es scheint mir wichtig zu sein, dass die Flexibilität, die hier immer durchschimmert, im Vordergrund bleibt. Neutralität ist ein Instrument, und mit einem Instrument kann man Dinge verändern oder sich an veränderte Dinge anpassen. Wenn Sie, Herr Frey, die Souveränität vermissen, verstehe ich das; denn die Souveränität, wie sie bisher verstanden wurde, war eine geschichtlich abgeleitete Souveränität. Diese Geschichte droht sich nun aufzulösen bzw. hat sich bereits aufgelöst. Uns alle ergreift der Schwindel über das Ausmass, in dem dies geschieht; das heisst aber noch lange nicht, dass wir sitzenbleiben sollen, sonst werden wir überfahren, und von Souveränität ist dann so wie so nicht mehr die Rede. Wichtig ist, dass auch den Zweiflern, den Verängstigten deutlich gemacht wird, dass die "immerwährende" Neutralität nicht als Dogma verstanden werden muss, sondern dass sie als Basis dient zu der Ueberlegung, was wir nun anpassen und verändern müssen.

Die erste und schmerzlichste Anpassung für uns ist die Aussenpolitik schlechthin, dass sie jetzt zu einem Thema wird. Noch vor fünf Jahren hätten wir im Parlament gar nicht darüber diskutiert, sondern gefunden, das sei Sache des Bundesrates. Wie Herr Wyss gesagt hat: Neutralität hat sehr lange als Vorwand gedient, nur dann etwas zu tun, wenn es uns unmittelbar nützt. Was aber jetzt gefragt ist, ist nicht mehr Neutralität als religiöses Bekenntnis oder Identitätsstütze, sondern Oeffnung und Solidarität, und davon wollen wir meistens nur am Rande etwas wissen.

Einen Einwand habe ich auch: Ein Widerspruch schimmert durch, indem man am Begriff "dauernde" Neutralität festhält, während sich alles andere verändert und anpassungsfähig sein soll. Die "immerwährende" Neutralität hat ja einen religiösen Anstrich - immer, wenn man verunsichert ist, nimmt man bekanntlich zur Religion Zuflucht. Sollte man nicht noch einmal über die Formulierung "dauernd" und "immerwährend" nachdenken und allenfalls darauf hinweisen, dass dies nicht gleichzusetzen ist mit "unveränderbar"?



Eine andere Frage betrifft den ganzen Komplex des IKRK. Es scheint mir von äusserster Bedeutung zu sein, dass wir den Leuten in der Informationskampagne, die ja folgen muss, klar auseinandersetzen, was die Neutralität des IKRK und was unsere, neuverstandene Neutralität bedeutet. Es ist sicher so, dass die IKRK -Mitarbeiter nur dann arbeiten können, wenn sie sich politisch streng neutral verhalten. Anders ist es für uns. Ich erinnere mich an einen Ausspruch meines Vaters aus dem 2. Weltkrieg, der gesagt hat: "Mir si neutral, eus isch es egal, vo wem d' Schwabe uf e Gring überchöme." Das war unsere Neutralität, und das wird sie weiterhin sein. Es hat viel mit Ehrlichkeit zu tun, und wenn ich Töne höre wie vorhin von Herrn Frey, dann wird mir etwas mulmig. Zu Herrn Steffen möchte ich noch sagen: Es gab einen Historiker in der Studiengruppe, nämlich Sigmund Widmer. Die Gruppe musste also nicht ganz auf den historischen Hintergrund verzichten.

M. Claude **Frey** : Après avoir lu ce rapport, j'ai eu le souvenir d'un autre rapport qui lui aussi avait fait l'unanimité : c'était le rapport sur la conception globale suisse des transports. On sait ce qu'il en est advenu : lorsqu'il y a unanimité, les problèmes surgissent.

J'aimerais, Monsieur l'ambassadeur Krafft, que vous confirmiez ou infirmiez ces remarques :

- La neutralité, telle qu'elle est pratiquée traditionnellement jusqu'ici dans notre pays - les cas de l'Irak et de la Lybie exceptés - est objectivement contraire au Traité de Rome, même avant les accords de Maastricht. Ai-je raison?

- Si c'est le cas, il s'avère qu'il faut changer cette conception, d'où la solution trouvée par le groupe de travail de reprendre la stricte définition qu'en donne le droit international public. Sur ce point, je reconnâtrai que le groupe de travail a admirablement accompli sa tâche.

Encore deux points :

1) J'ai le sentiment qu'au chapitre consacré à la fonction de la neutralité en politique intérieure, on sous-estime la nécessité de la neutralité encore aujourd'hui, et toujours demain. Dans ce chapitre, on rappelle qu'"indirectement, la neutralité a participé à la création et au développement de notre système de démocratie directe, de notre fédéralisme, de notre armée de milice, et de notre prospérité." J'ajouterai que la neutralité a contribué à édifier l'unité de notre pays. Ce postulat étant posé, le groupe de travail constate que la Suisse ne s'est jamais aussi peu différenciée de ses voisins qu'aujourd'hui. Je ne partage pas ce sentiment, même si sur le plan économique et commercial, on observe une internationalisation.

Le rapport rappelle encore que les différences linguistiques et culturelles ont perdu leur acuité, à cause notamment des bonnes relations avec nos pays voisins depuis la deuxième guerre mondiale, et de notre intégration économique et sociale en Europe. C'est clair que la neutralité ne joue plus le même rôle qu'à l'époque de la première guerre mondiale, quand elle constitua un facteur décisif d'unité, les causes de cette guerre ayant été plus difficiles à déterminer que celles de la seconde. J'ai eu le sentiment qu'au moment où tout change, on



postule comme acquis qu'il n'y aura plus de changement, et que nous allons dans le sens d'une unification toujours plus forte de l'Europe. Je ne suis pas sûr que l'unification de l'Europe obéisse à un déterminisme inéluctable. Je crains les développements futurs dans les pays de l'Est, notamment. Ainsi, si l'on est attentif aux débats qui déchirent la France à propos des accords de Maastricht : M.-F. Garaud publie son livre avec Philippe Seguin pour refuser Maastricht au nom du maintien de la souveraineté du pays. Ma crainte, pour ces prochaines décennies, en ce qui concerne la Suisse, c'est que les forces centrifuges se manifestent de plus en plus, contrairement à la présente analyse. Ce sera le morceau de sucre de Durrenmatt qui se dissout dans un verre d'eau. Et je continue à penser que la neutralité, telle que nous la pratiquons traditionnellement, reste un facteur d'unité qui sera encore nécessaire à futur. D'ailleurs, le groupe de travail le sait bien, reconnaissant la charge émotionnelle du concept de neutralité. Que propose-t-il comme solution? Les autorités fédérales ont le mandat d'informer et de préparer l'opinion publique. Je ne crois pas que la tâche se réduise à cela.

2) Au chiffre 7 des conclusions, *La double stratégie du maintien et de l'ouverture*, une phrase appelle une prise de position étayée du Conseil fédéral. Il s'agit de la phrase suivante : .."maintien dans le sens d'un refus de renoncer prématurément à la neutralité armée et ouverture dans l'optique d'une coopération solidaire permettant d'affronter les nouveaux dangers et de participer à la création de structures de sécurité solides en Europe." Sur ce point, il faudra un grand débat ainsi que des explications très claires, et pas seulement arriver à différencier la notion de neutralité. Le Conseil fédéral devra prendre clairement position avec tout ce que cela suppose. S'il estime qu'il ne faut pas renoncer à la neutralité, mais "prématurément", il y aura là un grand virage qu'il faudra préparer non seulement dans l'opinion publique, mais aussi au Parlement. M. Eggly, dans son éditorial consécutif à la conférence de presse, avait adopté le titre "Neutralité légère". Je souhaite en tous cas que le Conseil fédéral ne traite pas la neutralité à la légère. Il est juste que le Conseil fédéral ait demandé un rapport dans le contexte actuel, mais il aurait dû d'abord se prononcer sur ce rapport, puis le soumettre au Parlement, avant de le rendre public, alors que sa publication a un effet déstabilisant encore plus fort.

M. Maitre : Un point, pourtant très important et qui guide nos réflexions n'a pas été suffisamment souligné : il s'agit de l'analyse, et de la synthèse qui en est rendue, des données nouvelles de politique européenne et mondiale. En effet, contrairement à l'avis de M. Claude Frey, je ne crois pas que ce rapport donne une vérité définitive : je crois, au contraire, que l'on doit impérativement en Suisse s'habituer à vivre dans un monde qui est complètement changé, qui est en mutation constante, et c'est ce que le rapport énonce, notamment que nous devons nous trouver de nouveaux instruments pour participer de manière à peu près correcte à ce changement. Je remercie le groupe de travail d'avoir relevé ce point. Et dans une perspective d'une stratégie de l'information de notre



population, la synthèse qui est faite des mutations auxquelles nous devons faire face maintenant, aussi bien dans le contexte européen que sur le plan mondial, est à mes yeux remarquable. Elle est à l'origine de cette réflexion nouvelle sur le concept de neutralité. Il faut bien admettre ces données nouvelles. Il y a quelques années, la Suisse pouvait se faire "l'économie" - le rapport parle d'"abstinence" - d'une politique étrangère parce que l'on se trouvait au milieu de deux blocs antagonistes. On vivait dans un monde bipolaire, et on se sentait assez en sécurité entre les deux. Aujourd'hui, on vit dans un monde multilatéral qui nous met en face, pour la première fois, du phénomène de l'interdépendance. Je ne suis pas d'accord avec les défenseurs de notre souveraineté nationale. Le maintien de notre souveraineté est fondamental, je le conçois, mais je trouve choquant que l'on oublie que nous sommes entourés de pays qui ne sont pas moins souverains que nous. Ils sont au moins aussi souverains que nous, seulement, ils mettent, de façon plus avancée, leur souveraineté dans une balance qui est celle de l'interdépendance. Notre vrai problème, aujourd'hui, c'est de défendre cette souveraineté en faisant abstraction de cette sorte d'arrogance qui nous pousse à nous considérer comme étant les seuls à pouvoir la revendiquer. Nous devons trouver le point de convergence entre la souveraineté et l'interdépendance complète des Etats. C'est vrai qu'aujourd'hui, sur le plan européen, nous vivons une période paradoxale parce qu'elle nous conduit à la fois à remettre en cause certains aspects de notre neutralité, mais elle nous conduit également à être d'accord avec le postulat du maintien du principe de la neutralité. Pourquoi? Parce qu'aujourd'hui en Europe, on vit incontestablement dans un ensemble beaucoup plus vaste, qui n'a plus les mêmes contingences que du temps de la guerre froide. Mais nous vivons en même temps dans un ensemble qui est moins stable qu'auparavant. Ceci expliquant d'ailleurs cela. C'est la raison pour laquelle notre neutralité demeure nécessaire, mais elle doit s'inscrire dans un contexte complètement nouveau. Les mêmes réflexions avaient surgi lors du débat sur l'adhésion à l'ONU. Je suis d'accord sur la nécessité de circonscrire la neutralité au droit de la guerre, le reste étant de la politique extérieure. Le grand problème de notre pays, c'est qu'on doit aujourd'hui s'inventer une politique extérieure. On disait auparavant que la politique extérieure de la Suisse consistait à ne pas en avoir, non sans fierté. Aujourd'hui, avec l'interdépendance dans laquelle nous nous trouvons, cela est évidemment terminé. C'est la raison pour laquelle, contrairement à M. Eggly, je suis assez réservé à l'égard du concept de neutralité différenciée, car j'admets mal une neutralité "à géométrie variable". Si on circonscrit cette notion à son aspect militaire, on trace une limite claire. En conclusion, il est à constater qu'un domaine reste à approfondir : celui du maintien de la neutralité de notre pays dans la perspective - peut-être lointaine, sinon incertaine - de la finalisation de la défense commune européenne. Sur ce plan, le rapport ne fait qu'effleurer le sujet. La Communauté est beaucoup moins monolithique qu'on ne l'imagine, et certains dogmes strictement bruxellois ne sont pas forcément partagés par les Etats membres. Je ne suis pas convaincu que le concept de défense commune soit véritablement prêt à être adopté par



l'ensemble des Etats membres - M. Frey Claude a avec justesse évoqué les difficultés de la réflexion de l'après-Maastricht. Cette réflexion est d'ailleurs analogue à ce que l'on sent dans notre pays, et cela montre que ces pays réagissent de la même manière à ces questions fondamentales.

Je partage les regrets déjà exprimés que nous devons nous exprimer sur un rapport d'experts dénué d'engagement politique. Le Conseil fédéral aurait dû engager le débat politique, faute de quoi il est illusoire de tenter d'informer le public sur la question.

Frau Bär: Wenn ich diesen Bericht nur in einem Satz zusammenfassen dürfte, würde ich wohl etwas überspitzt sagen: Was jahrzehntelang als richtig, ja als überlebenswichtig für die Schweiz galt, ist heute falsch. Ich sage das nicht abwertend, weil ich den Bericht nicht als wichtig oder als völlig falsch erachte, sondern weil mir der argumentative Unterbau für diese Kehrtwendung fehlt. Bis in allerneueste Zeit haben uns der Bundesrat, die Völkerrechtler, die Staatsrechtler und die Historiker gesagt, um unsere aussenpolitischen Maximen der Solidarität, der Disponibilität und Universalität leben zu können, sei die immerwährende Neutralität das Instrumentarium. Dieser Bericht - praktisch dieselben Leute mit demselben rechtlichen Unterbau - kommt jetzt zu einem ganz anderen Schluss. Da geht es mir wie Frau Nabholz: Mir fehlen die Argumente, um diese Kehrtwendung auch theoretisch nachvollziehen zu können. Praktisch hat ja der Bundesrat mit seiner Irak- und seiner Libyenpolitik die Wende bereits vollzogen, und vielleicht müsste jetzt ein Bericht nachgeschoben werden. Vielleicht wird der Bundesrat in seiner Stellungnahme die fehlende Argumentation nachliefern.

Auch mir scheint das Verhältnis der Neutralität zu einem EG-Beitritt zu wenig klar dargestellt. In Punkt 4 der Schlussfolgerungen heisst es: "Solange diese Struktur (der Sicherheit) nicht existiert, ist am völkerrechtlichen Status der **dauernden Neutralität** festzuhalten." Was hat sich die Arbeitsgruppe dabei vorgestellt? Sind damit die Strukturen, die sich die EG für die Zukunft vorstellt, gemeint, oder wären auch andere Sicherheitsstrukturen denkbar? Was würde das bedeuten? Hielte die Arbeitsgruppe, wie Herr Villiger, dann auch einen ausländischen Militärstützpunkt in der Schweiz für denkbar?

Bei den Schlussfolgerungen beunruhigt mich auch der Punkt 2: Das Wort Solidarität kommt bei den neuen Zielen der Aussenpolitik nicht mehr vor. Es steht nur noch - als letzter Punkt - : " - die Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen in der Welt als eine Voraussetzung der Wohlfahrt in der Schweiz". Dass sich mit dem neuen Neutralitätsbegriff unsere Solidarität auf diesen Punkt reduzieren soll, finde ich bedenklich.

Zum Begriff "dauernde" oder "immerwährende" Neutralität: "Immerwährende" Neutralität wird zwar im vorliegenden Bericht - wohl mit Absicht - vermieden. In einem Aufsatz von alt Botschafter Emmanuel Diez, ehemaliger Leiter der Völkerrechtsabteilung, ist das aber derselbe Begriff. Ich möchte, dass dies noch klargestellt wird.



Ich bin nicht ganz so hoffnungsfroh wie manche Vorrednerinnen und Vorredner, dass die Reduzierung des Neutralitätsbegriffs auf den Kerngehalt zu einer eigenständigeren Aussenpolitik der Schweiz führen würde. Ich wäre froh darüber; aber es kommt wohl doch darauf hinaus, dass wir das, was die UNO - z.T. auch im fragwürdigen Sinn - gemacht hat, nachvollziehen. Mein Wunsch wäre, dass wir bei der Auslegung der Neutralität wirklich Alleingang hätten und unter Umständen auch eine Politik als richtig erachten würden, ohne dass eine Grossmacht vorangegangen wäre

Vollmer: Ich halte es für nützlich, dass wir diesen Bericht diskutieren können, bevor der Bundesrat Stellung genommen hat. Das gibt uns die Chance, die Diskussion breiter zu führen und uns nicht schon auf die Position des Bundesrates einzuschiessen. Ich halte den Bericht für sehr positiv, gerade weil er so ungeschminkt darstellt, dass sich einiges um uns herum geändert hat und dass wir unsere Aussenpolitik neu orientieren müssen. Der Bericht räumt auf mit dem mythologischen Charakter der Neutralität, er entzaubert diesen Begriff, der uns bisher daran gehindert hat, eine aktivere Aussenpolitik zu betreiben. Es ist richtigerweise auch festgehalten, dass die Schweiz in den letzten Jahren längst als Teil der westeuropäischen Welt perzipiert wurde und nicht mehr eine eigenständige Politik als Neutrale führen kann.

Wie vielen Vorrednern erscheint auch mir die Reduktion der Neutralität auf ihren Kerngehalt etwas fragwürdig. Ich glaube, dass man mit dieser ausschliesslich völkerrechtlichen Definition einige politische Dimensionen vernachlässigt. Gerade im Zusammenhang mit den UNO-Sanktionen stellten wir fest, dass es Sanktionen geben kann, die in ihren Auswirkungen nahe an militärische Sanktionen kommen können; diese Grenze kann verwischt werden. Daher scheint es mir fragwürdig, wenn man sich ausschliesslich auf den völkerrechtlichen Begriff der Nichteinmischung in militärische Aktionen konzentriert.

Sehr positiv habe ich zur Kenntnis genommen, dass man Neutralität nur noch als Mittel zum Ziel bezeichnet. Mit dieser neu definierten Neutralität soll man vermehrten Handlungsspielraum gewinnen. Ich höre die Botschaft, aber mir fehlt ein bisschen der Glaube. Es wäre richtig, wenn wir uns hier über die aussenpolitische Dynamik unterhalten würden, über die Zielsetzungen und den Handlungsspielraum. Gerade im Zusammenhang mit der Diskussion über Libyen habe ich gespürt, dass offenbar auch in unserer Einschätzung der Spielraum kleiner geworden ist. Wir können es uns gar nicht mehr leisten, so zu handeln, wie wir eigentlich möchten. Jetzt geht es darum zu analysieren, welche Auswirkungen dies auf die neutralitätspolitische Dimension hat. Ich möchte anregen, dass wir über diese Fragen weiter diskutieren. Es ist wahrscheinlich fragwürdig, wenn wir mit diesem Bericht zum Vorneherein der ganzen Integrationsfrage - die in Zukunft auch eine Frage des Militärbündnisses sein kann - einen Freipass erteilen und damit die Diskussion unter neutralitätspolitischen Aspekten verunmöglichen. Da müsste noch einiges nachgeholt werden.



Es wäre interessant, in diesem Bericht auch eine vergleichende Darstellung der Diskussion in anderen Ländern wie z.B. Oesterreich und Schweden zu finden. Vielleicht könnte es eine Aufgabe der Aussenpolitischen Kommission sein, allenfalls mit Hearings diese Dimension noch miteinzubeziehen.

Eine Frage zum Problem der Neutralität und kollektiver Sicherheitssysteme: Besteht das Gutachten von Prof. Schindler, auf das in diesem Zusammenhang hingewiesen wird, bereits? Dieses Gutachten könnte sicher einige Beiträge liefern insbesondere zur Sanktionspolitik.

Frau Haller: Ich möchte zurückkommen auf das Votum von Herrn Wyss. Er hat unterschieden zwischen dem Neutralitätsrecht als Grundlage und der Neutralitätspolitik als deren Anwendung. Zwischen diesen beiden Dingen besteht eine Wechselwirkung, indem nämlich die politische Weiterentwicklung andere Notwendigkeiten im Rechtsbereich aufzeigt. Es ist ja mit allen Rechtsnormen so, dass die Weiterentwicklung im Politischen neue Notwendigkeiten schafft, und aus diesen Notwendigkeiten heraus wird das Recht neu formuliert. Dieser Bericht ist eine ausgezeichnete Grundlage betreffend den Zusammenhang von Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik. Der Hauptgehalt dieses Berichtes - den ich ausgezeichnet finde, insbesondere weil man das Konsensprinzip befolgt hat - ist die Darstellung der Grundlage, des Neutralitätsrechts, angesichts der massiv veränderten politischen Situation. Er zeigt, dass es im Rahmen dieses Rechtes durchaus möglich ist, den Neutralitätsbegriff auch rechtlich so zu fassen, dass er der politischen Situation angemessen ist. Es können jetzt leicht alle sagen: Das haben wir längstens gewusst, das ist ja klar. Ich dagegen bin sehr froh, dass hier mit soviel Tiefgang und auch Breite die Thematik dargelegt ist, so dass gestützt darauf eine Diskussion entstehen kann. Um es kürzer zu sagen: Es wird aufgezeigt, dass man, rechtlich abgestützt, übergehen kann von einem starren zu einem entwickelbaren Neutralitätsbegriff. Es geht nicht darum, einfach einen alten durch einen neuen Neutralitätsbegriff zu ersetzen, der wieder 200 Jahre halten muss; vielmehr wird klargemacht, dass man mit einem nicht entwickelbaren Neutralitätsbegriff heute gar keine Aussenpolitik mehr machen kann. Die Schweiz könnte auch keine Aussenpolitik machen ohne Neutralitätsbegriff - das wäre auch innenpolitisch undenkbar. Das Verdienst dieses Berichtes ist es zu zeigen, dass es nicht nur den starren oder und als Gegenposition dazu keine Neutralität, sondern auch das Mittel des flexiblen Neutralitätsbegriff gibt.

Herr Eggly hat von "jouer sur les mots" gesprochen. Ich glaube, es ist wichtig, eine Bezeichnung für die Vorgänge zu haben, sobald man weiss, worum es geht. Vielleicht war die Arbeitsgruppe sehr weise, als sie, sobald sie sich inhaltlich klar geworden war, geprüft hat, ob dieser aus einem starren Begriff hervorgegangene entwicklungsfähige Neutralitätsbegriff in der alten Begrifflichkeit nicht Platz hat. Man stand ja vor der Frage, ob man sagen sollte, diese Entwicklung sprengt die alten Begriffe. Ich bin überzeugt, dass, wenn wir zu einem entwickelbaren und verantwortbaren Neutralitätsbegriff kommen, wir nicht jedesmal die Form sprengen und ein neues Wort



schöpfen müssen. Aus dieser Sicht kann man -bei allem Traditionsbewusstsein - den Willen, sich neutral zu verhalten, sich entwickeln lassen, ohne immer den Begriff zu wechseln, und ohne dass es Brüche geben muss. - Ob man in einer Informationskampagne möglicherweise doch einige Worte ersetzen muss, möchte ich jetzt noch offenlassen.

Verschiedene Votanten haben darauf hingewiesen, dass in vielen europäischen Ländern eine Rückwärtsbewegung stattfindet. Jede wirkliche Entwicklung geht zwei Schritte vorwärts, dann einen zurück. Wenn jetzt Minderheitenprobleme entstehen, weil sich die Leute darauf zurückbesinnen, wohin sie eigentlich gehören, dann ist das untrennbar verbunden mit den grösseren Integrationsbestrebungen, genau so wie die Nacht zum Tag gehört und der Winter zum Sommer. Es liegt an den Parteien und an uns, die Gefahren des Auseinanderklaffens, die damit verbunden sind, nicht verantwortungslos auszunützen, nicht gefährliche Feuerchen zu schüren mit solchen Gefühlen, die wir auch bei uns kennen. - Ich möchte den Bericht der Gruppe, die ihn erarbeitet hat, sehr herzlich verdanken.

Mme Aubry : Le rapport a eu le mérite de lancer la discussion, qu'il est bon de pouvoir mener avant d'entendre le Conseil fédéral. Cela permettra de prendre la température des divers partis, des parlementaires ici présents.

On constate que la neutralité est une composante fondamentale de la Suisse. Elle a été jusqu'à présent un moyen, elle ne doit pas être une fin. Rappelez-vous la votation sur l'adhésion à l'ONU : le principal motif du refus d'y adhérer a été la discussion sur cette neutralité que chaque Suisse a peur de perdre.

Quand en Suisse on parle de l'EEE, on a peur également de perdre cette neutralité. Elle a été utile depuis de siècles, mais actuellement nous devons nous adapter aux changements observés récemment. Nous devons nous adapter, mais sans tout bouleverser. Nous devons garder des points de repères, dont le maintien de notre souveraineté. Si nous parlons de maintenir la souveraineté de la Suisse, ce n'est pas de l'arrogance, c'est une nécessité liée à sa neutralité, contrairement aux autres pays, qui ne sont pas neutres.

Dans les conclusions du rapport, page 33, on dit que la neutralité est moins importante en temps de paix, mais qu'en temps de guerre, elle est notamment "*la disponibilité à défendre la souveraineté du territoire*". Il y va là de l'engagement du peuple entier, et pas seulement de l'armée. En ce qui concerne l'aménagement d'une neutralité future : si elle est interprétée comme une solidarité librement consentie envers nos partenaires, nous pouvons continuer à offrir nos bons offices, ce qui fait partie des traditions de la Suisse depuis des siècles.

Si l'on regarde le conflit yougoslave, on voit que la CE n'a absolument rien réussi, au point que ce sont maintenant les Nations Unies qui font une tentative d'instaurer la paix. Je soutiens l'idée, dans ce contexte, de maintenir une neutralité utile pour la Suisse et c'est dans cet esprit que le rapport devrait être pris comme plateforme de discussion.



Mühlemann: Dieser Bericht ist ein origineller und nützlicher Denkanstoss. Unsere Neutralitätspolitik wird durch das aussenpolitische Umfeld bestimmt und ist einem ständigem Wandel unterworfen; Die Veränderungen in Europa haben zwangsläufig zu neuen Ueberlegungen führen müssen. Ich teile die Ansichten des Berichtes in bezug auf Westeuropa. Ich denke etwa an die klare Aussage, dass ein Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum keine neutralitätspolitischen Konsequenzen hätte. Ich denke auch an die Differenzierung zwischen einer Politischen Union Europas mit oder ohne Sicherheitssystem. Ein Beitritt der Schweiz zu einem Europa mit Sicherheitssystem würde zweifellos eine totale Aufgabe der Neutralität bringen. Das ist alles klar durchdacht.

Mir fehlt in diesem Bericht dieselbe klare, vorausschauende Ueberlegung in bezug auf Osteurop und die ehemalige Sowjetunion. Was hier gesagt wird, ist zu optimistisch. Es ist nicht so, und es wird nicht so sein, dass diese zusammengebrochene Diktatur derart konfliktfrei in die Zukunft übergehen kann. Niemand weiss, ob diese Konflikte Europa nicht wieder in einem Ausmass erfassen, bei denen vielleicht unsere Neutralität im traditionellen Sinne nützlich wäre.

Ich bin überzeugt, dass die Neutralität auch eine Rolle spielt im globalen Rahmen. Der Nord-Süd-Konflikt, der auch zu wenig behandelt wird, kann Konfliktsituationen bringen, wo eine neutrale Schweiz nützlich sein kann im Rahmen der bisherigen Entwicklung unserer Neutralität. Wir waren ja zu Beginn dieser Entwicklung, 1515, zähneknirschend allein, weil wir dazu gezwungen waren. Nach dem Einfall Napoleons haben wir gemerkt, dass es sinnvoll ist, diese Neutralität durch Bewaffnung zu ergänzen, und nach dem zweiten Weltkrieg merkten wir, dass Solidariät dringend war. Die Akzentuierung unserer Neutralität durch Solidaritätsaktionen dürfte in Zukunft noch viel bedeutsamer werden, als sie es heute schon ist. In Kapitel 9 - das ist die schwächste Stelle des Berichtes - fehlt mir der Bezug zu den Guten Diensten. Es ist nicht möglich, nicht neutral zu sein und gleichzeitig Gute Dienste anzubieten. Das ist die grosse Stärke unseres Landes, dass unsere konstante Neutralität uns prädestiniert hat, diese Dienste leisten zu können. Darum sollten wir uns überlegen, ob es richtig ist, z.B. die wirtschaftlichen Sanktionen mitzumachen. Der Bericht ist hier sehr sauber; er sagt: Wir müssen nicht, wir können bei Sanktionen dabei sein, und wir müssen in jedem Einzelfall überlegen, ob es richtig ist. Ich bin nach wie vor nicht sicher, ob wir im Fall Irak wirklich richtig gehandelt haben. Vielleicht hätten wir alle Chancen ausnützen können, um als einzige Nation der Welt Dienste zu leisten - wie wir das im Iran getan haben. Dasselbe sage ich in bezug auf Libyen. Es ist nicht klar, wer letztlich, wenn dieser Konflikt eskaliert, in Tripolis als Schutzmacht auftritt. Aegypten ist engagiert, Syrien auch - ja vielleicht auch die Schweiz dank Herrn Ziegler, der ja ein so beweglicher Mann ist, dass er überall noch akzeptiert wird. Die Chancen, die die Schweiz hat, soll man nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Denken Sie an den Konflikt in Bosnien: Wenn sich die EG und die USA aus Belgrad zurückziehen, könnte da die Schweiz nicht irgendwie eine Funktion haben?



Ich möchte davor warnen, diesen Bericht als eine Botschaft des Bundesrates anzusehen. Er ist eine ausgezeichnete Ausgangsbasis, um beweglicher, flexibler zu werden und unsere Denkweise besser an neue Situationen anzupassen. Herr Botschafter Krafft, an Ihrer Stelle würde ich die Studiengruppe nicht auflösen, sondern einige Szenarien noch besser durchdenken. Gesamthaft dürfen wir froh sein, dass unsere Aussenpolitik herausgetreten ist aus einer gewissen Erstarrung in eine Phase, wo wir zwar nicht umdenken, aber mindestens nachdenken.

Moser: Eigentlich wollte ich nichts mehr sagen; aber Frau Grendelmeier hat mich aus der Reserve geholt. Herr Frey Walter hat völlig recht mit seinen kritischen Bemerkungen über die Ausführungen zur EG. Noch sind wir nämlich nicht in der EG, und deshalb können wir solche Gespräche führen. Was in diesem Bericht über die Unbedenklichkeit eines EG-Beitrittes steht, ist wirklich blauäugig. Als Unternehmensberater habe ich gelernt, zu analysieren. Wenn ich nun diesen Bericht und seine Schlussfolgerungen betrachte, fehlen mir die systematischen und sauberen Ansätze. Er ist voller Widersprüche und leichtfertiger Statements. Es hat gar keinen Sinn, Beispiele zu machen. Der Bericht kommt mir vor wie ein Hund voller Flöhe. Ich werde den Verdacht nicht los, dass er nichts anderes als eine Plattform für einen EG-Beitritt sein soll. Bei der Diskussion der Beitrittsfrage wird das Volke noch darauf zurückkommen, und wenn diese Art von Plattform zerpfückt wird, dann weiss ich schon jetzt, was herauskommen wird. Ich bin einfach nicht überzeugt von der Qualität der Berichte, die in letzter Zeit hier auf dem Tisch lagen. - Dieser Bericht gibt zwar Denkanstösse; er ist und bleibt aber einseitig. Ich empfehle Ihnen wärmstens, diese Sache noch einmal aufzuarbeiten.

Columberg: Ich halte diesen Bericht für eine äusserst wertvolle Diskussionsgrundlage und finde auch die Zusammensetzung der Studiengruppe sehr überzeugend; ihre Mitglieder sind sehr kompetente Persönlichkeiten. Es ist ausserordentlich wichtig, jetzt eine vorurteilsfreie und emotionslose Ueberprüfung unserer Neutralität vorzunehmen. Wenn wir angesichts der völlig veränderten Umstände in Europa bestehen wollen, dann müssen wir doch unsere Position kritisch überprüfen und neu beurteilen, die Neutralität nicht nur aus der Vergangenheit, sondern vor allem für die Zukunft definieren. Das ist das Gebot der Stunde.

Grundsätzlich stimme ich dem Bericht zu; in einigen Bereichen wäre eine Vertiefung notwendig, insbesondere müsste die Begründung der Notwendigkeit einer Neuausrichtung unserer Neutralitätspolitik noch eingehender dargestellt werden. Gewisse Unstimmigkeiten im Bericht sind vielleicht darauf zurückzuführen, dass er einstimmig verabschiedet worden ist. Nur ein Beispiel: Wenn unter Punkt 4, Seite 29, steht, es sei noch kein neues Sicherheitssystem in Sicht, so steht das im Widerspruch zu Auesserungen, die an anderen Stellen gemacht werden.

Zentral ist die Einstellung unseres Volkes. Diesem Aspekt sollte man vielleicht noch mehr Beachtung schenken. In den



Geschichtsbüchern wurde ja diese Neutralität zelebriert; Edgar Bonjour spricht von einem nationalen Mythos von religiöser Weihe. Wenn ich der Diskussion zuhöre, habe ich den Eindruck, dass einige Kollegen immer noch in diesem Stadium sind. Wir müssen uns fragen, wie wir mit diesem Faktum umgehen können; es wird eine lange, harte Informationsarbeit nötig sein, bis die Geschichtsbücher der neuen Zeit angepasst sind. Eine engagierte Informationskampagne - auch mit Engagement der Behörden - ist dringend notwendig.

Die Kommission beschliesst an dieser Stelle nach kurzer Diskussion, das Traktandum 1 am Nachmittag weiterzuführen. Da Herr Krafft nicht dabei sein kann, wird er seine Antwort noch am Vormittag abgeben.

M. Ruffy : Soulignons le caractère extrêmement provocateur, à en juger par la présente discussion, de ce rapport. Finalement, cela provient du fait que la neutralité était probablement un tabou. La neutralité en Suisse était une raison d'être, puisqu'elle a tenté de faire reconnaître ce statut depuis le seizième siècle, après s'être retirée dans ses frontières. L'Autriche, en revanche, était impérialiste et la neutralité lui a été imposée par les Etats vainqueurs à la fin de la première guerre mondiale, sans doute pour la couper de l'Allemagne.

Il ne faut pas être surpris d'assister à un échange vif d'idées: nous avons cru que la rupture à l'Est du continent n'aurait pas de conséquences chez nous. Or, si nous discutons de la neutralité aujourd'hui, c'est à cause d'éléments qui relèvent de la sécurité européenne, mais c'est aussi lié au fait qu'étant restés plus au moins seuls au sein des communautés qui se créaient, notre rôle a pâli. Il y a la conjonction de deux facteurs : une nouvelle donne stratégique à l'échelle du continent, et une relativisation de notre importance face à une Communauté européenne, qui font que la neutralité ne se pose plus dans les mêmes termes.

M. Claude Frey a énoncé une contradiction : il a commencé en affirmant que notre population était intégrée, donc qu'il n'y avait pas à redouter les phénomènes auxquels nous assistons. Il a terminé en disant que la neutralité était un ciment dans notre société, et qu'il redoutait que la Suisse devienne le morceau de sucre de Dürrenmatt. C'est précisément le problème qui se pose subjectivement : dans quelle mesure cette notion est-elle référentielle, dans quelle mesure peut-elle encore être une raison d'être alors que tout a changé? Je peux partager le regret de M. Eggly quant à l'absence dans le rapport des positions différenciées, qui permettraient de faire avancer le débat, surtout compte tenu des questions fondamentales posées par le Conseil fédéral.

M. Ziegler : Il est à regretter que ce travail, remarquable comme toujours, ait été effectué par une assemblée de notables, et qu'on n'ait pas fait appel à des experts plus jeunes. Remarquons que les juristes présentent les choses comme s'ils inventaient des concepts nouveaux. Or le droit suit les événements, et le Conseil fédéral vous a sans doute prévenu du danger de l'EEE dans la perspective de la votation, et vous



avez donc adapté à une certaine situation de fait des concepts juridiques.

Je regrette comme M. Mühlemann que nous nous soyons rallié à la conception américaine dans l'affaire lybienne. La dernière absurdité a été encore une fois de s'aplatir devant M. Bush : d'abord, parce que 12% de notre pétrole provient de la Lybie, et que cet embargo est purement électoral.

Ce qui frappe dans ce rapport, c'est que vous ne parlez jamais de l'entrée de la Suisse à l'ONU. Nous considérons tous que la votation de 1986 était à refaire. En 1986, avant la votation, des marchandages ont eu lieu à New York pour savoir si nous pourrions faire une déclaration de neutralité tout en adhérant à l'ONU. Si nous avons de nouveau une votation d'entrée à l'ONU, considérez-vous, sur la base de ce rapport, que nous pourrions entrer sans, comme alors, émettre de réserves quant à la neutralité?

2) Nous avons accepté, au Conseil national, un postulat Ott visant la création d'un corps de casques bleus. Si le Conseil fédéral veut réaliser ce postulat, et envoyer des casques bleus sur des lieux de conflits armés, pourrait-on le faire sur la base du rapport?

M. l'ambassadeur Krafft : Je tiens à vous remercier d'un débat qui se révèle utile : le nombre et la qualité des interventions en sont la preuve.

Il est à rappeler que le rapport a eu pour point de départ une volonté du Conseil fédéral de retirer un avis sur le statut de la neutralité dans notre pays, et que cela sera suivi d'une prise de position de sa part; il est aussi prévu que le débat soit lancé au Parlement à la suite de ceux qui auront été menés en commission; il est clair enfin que le débat se prolongera ensuite au sein de l'opinion publique.

(à MM. Eggly/Ruffy) Le mandat du groupe d'étude était de faire un travail d'évaluation, et ce à titre très général, et non de présenter un plaidoyer pour telle ou telle thèse concernant la neutralité : il s'agissait de la situer face à différents instruments, notamment de la politique européenne et internationale. Nous voulions que ce rapport fût lisible, ce qui explique qu'il ne se soit pas fait l'écho de la palette entière des avis exprimés, d'où peut-être certains manques, et l'on doit reconnaître que le chapitre consacré aux relations avec la CEE n'a pas été sans poser de problèmes.

En outre, nous avons voulu être honnêtes : non seulement nous avons dit ce qu'est la neutralité, mais nous avons aussi dit ce qu'elle n'est pas. Je constate en effet que nous avons en fait une politique étrangère, et une politique de la neutralité. Et c'est à ce titre que nous avons tenté de démythifier ce concept. Souvent il y a des a priori sur la neutralité, et il paraissait utile à ce titre de lui redonner une définition claire, ainsi que de définir des objectifs de politique extérieure.

(à Mme Grendelmeier) Il s'agit de neutralité permanente, et non perpétuelle. Par neutralité permanente, nous entendons que la Suisse sera neutre vis-à-vis de tous les conflits armés; je n'exclus pas que l'on puisse combiner un jour les deux approches - neutralité permanente, et celle de M. Villiger, qui comme M. Eggly, sent peut-être le caractère artificiel de cette neutralité permanente, alors que nous sommes en Europe, et que



nous avons besoin de nos voisins. Cette neutralité est née dans un contexte européen, nos voisins ne sont plus en état de guerre, il faudrait donc redéfinir cette notion.

Nous avons eu une autre approche : nous avons adopté le concept de neutralité permanente parce qu'il nous rend des services et répond certainement au voeu de la majorité de la population suisse, et nous avons voulu redéfinir ce que nous pouvions en faire en temps de paix. On a constaté qu'avec un statut de neutralité permanente tel que nous l'avons défini, on peut mener une politique étrangère active, on peut collaborer avec l'étranger pour répondre aux défis modernes - immigration, etc. En définitive, nous avons tenté de présenter un tableau qui montre au Conseil fédéral, puis, si le CF nous suit, au Parlement et au public, qu'avec sa conception d'une neutralité réduite à sa dimension militaire, la Suisse peut répondre par une politique étrangère appropriée aux grands défis de cette fin de siècle. S'il faut renoncer à cette conception et la redéfinir un jour, je ne l'exclus pas, mais dans la situation présente, nous avons estimé que ce concept correspondait aux nécessités actuelles.

M. Kellenberger répondra sur le dossier communautaire ainsi qu'à d'autres questions éventuelles. Je suis heureux de constater que l'objectif principal de cette étude est rempli, en l'occurrence par le débat qu'il a occasionné.

#### Unterbruch der Sitzung von 12.40 - 14.00 Uhr

Kellenberger: Ich werde erstens Stellung nehmen zur Frage Neutralität und Aussenpolitik und zweitens zum Verhältnis der Neutralität zu einem EG-Beitritt.

1) Ziel der Aussenpolitik ist ja die optimale Wahrung unserer Interessen. Ganz zentral scheint mir nun folgende Passage des Berichts ( S. 13): "Angesichts der internationalen Verflechtung ist **Unabhängigkeit** in einem neuen Sinn zu verstehen. Sie muss zunehmend durch die Lösung gemeinsamer Aufgaben und Zusammenarbeit mit anderen Staaten angestrebt werden. **Selbstbestimmung** verwirklicht sich gerade auch durch **Mitbestimmung** auf internationaler Ebene." Das ist der Kern dieses Berichtes und wohl auch der Kern der aussenpolitischen Ueberlegungen heute. Unabhängigkeit im modernen Sinne verstanden heisst, dass man die Gestaltung der eigenen Zukunft in dieser Welt gegenseitiger Verflechtung möglichst fest in der Hand behalten will.

Man sollte den Neutralitätsbericht aus der Sicht dieser aussenpolitischen Zielsetzung lesen. Es lohnt sich, ganz offen die Frage zu stellen: Wie weit ist man eigentlich heute unabhängig? Wie weit ist der eigene Entscheidungsspielraum bestimmt durch Entscheide, die ausserhalb unserer Grenzen getroffen werden? Es wird ja heute von niemandem bestritten, dass wir in einer Welt gegenseitiger Abhängigkeiten leben - das Schlagwort Interdependenz ist überall anerkannt. Aber wenn man das anerkennt, muss man auch anerkennen, dass die Entscheide, die ausserhalb unserer Grenze getroffen werden, immer mehr Auswirkungen haben auf unseren eigenen Entscheidungs-spielraum.



Deshalb geht die Wahrung der eigenen Unabhängigkeit im Sinne einer grösstmöglichen Bestimmung der eigenen Zukunft immer stärker durch die echte Mitentscheidung an den Stellen, wo die Entscheide getroffen werden, die auch unseren Handlungsspielraum beeinflussen.

Einzelne Votanten wollten wissen, wie man den zusätzlichen Handlungsspielraum, den man durch eine flexiblere Handhabung der Neutralitätspolitik schafft, nutzen will. Ihre Kommission hat ja einen Bericht des Bundesrates über die aussenpolitischen Ziele verlangt, der vor Ende dieses Jahres abgeliefert werden muss. Dieser Bericht wird aufzeigen müssen, in welchem Sinne man diese Handlungsspielräume nutzen will. Das ist eine Herausforderung, vor der wir stehen. Antworten auf diese Frage werden Sie auch im 3. Integrationsbericht finden. Dieser verfolgt zwei Absichten: Er erklärt, warum der Bundesrat den Beitritt zum Ziel erklärt hat und zeigt auf, was für Änderungen bei einem Beitritt auf uns zukommen. Auch in jenem Bericht werden Sie ein Kapitel darüber finden, wie der Bundesrat die Entscheidungsmöglichkeit, die er bei einer Vollmitgliedschaft in der EG hätte, zu nutzen gedenkt.

2) Zum Verhältnis von Neutralität und EG-Beitritt: Ein Beitritt zur Gemeinschaft, wie sie jetzt besteht, wäre neutralitätsrechtlich kein Problem gewesen. Es ist aber richtig, dass wir mit gewissen Aktionen der Gemeinschaft - ich denke an die Falklandsanktionen - bei unserem damaligen Verständnis der Neutralitätspolitik grosse Schwierigkeiten gehabt hätten. Wie Sie wissen, sind Irland und Italien nach einer ersten Phase aus diesen Sanktionen ausgestiegen. - Es wurde gesagt, dass die EG keine neutralen Staaten aufnimmt. Sie hat aber bereits heute einen neutralen Staat, nämlich Irland, auch wenn dessen Neutralität anders definiert ist als bei uns.

Mit Blick auf die Zukunft möchte ich noch ein paar Bemerkungen machen: Die fünf Ziele, die sich die Gemeinschaft in Maastricht zur Aussen- und Sicherheitspolitik gesetzt hat, stimmen praktisch überein mit den aussen- und sicherheitspolitischen Zielen der Schweiz. Damit hätten wir keine Probleme. In Maastricht wurde noch nicht eine gemeinsame Verteidigungspolitik beschlossen, aber es wurde dort gesagt, die gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik umfasse sämtliche Fragen, welche die Sicherheit der Europäischen Union betreffen, wozu "auf längere Sicht auch die Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte." Ich bitte, den sehr vorsichtigen Wortlaut zu beachten. Sehr wichtig bei den Entscheiden von Maastricht ist auch, dass die Politik der Union nach diesem Artikel nicht den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten berührt. Sie achtet z.B. die Verpflichtungen einiger Mitgliedstaaten aus dem Nordatlantik-Vertrag. Das war eine Ziffer, die für Irland bei der Verhandlung in Maastricht ausserordentlich wichtig war.

Wenn jetzt Länder wie Schweden und Finnland, denen sicher auch viel an der Neutralität gelegen ist, ein Beitritts-gesuch gestellt haben, dann haben sie darin einfach festgestellt, dass



sie weiterhin die militärische Allianzfreiheit beachten und auch in Zukunft für ihre eigene Verteidigung aufkommen wollen. Im übrigen haben sie das Spannungsverhältnis Neutralitäts-Mitgliedschaft gar nicht thematisiert. Es ist klar, dass, wenn die Gemeinschaft einmal eine eigene Verteidigungspolitik hat und man ein Mitglied der Gemeinschaft ist, dies tiefgreifende Konsequenzen für die Neutralität haben wird. Aber davon sind wir heute noch sehr weit entfernt - Sie sehen das aus dem Wortlaut, der in Maastricht gewählt wurde. Aus diesem Wortlaut sehen Sie auch, warum Länder wie Schweden und Finnland bei der nächsten Reformkonferenz bereits EG-Mitgliedstaaten sein wollen, nämlich weil sie mitentscheiden wollen, wie die Verteidigungsdimension der Gemeinschaft ausgestaltet wird.

Rechsteiner: Ich hätte gerne noch eine Zusatzfrage zu den Ausführungen von Herrn Krafft gestellt. Er hat die unterschiedlichen Auffassungen von Bundesrat Villiger und der Arbeitsgruppe über die militärische Bündnisfreiheit und die Neutralitätspolitik erläutert und gesagt, man habe innerhalb der Gruppe festgestellt, dass man den Vorstellungen von Bundesrat Villiger entgegenkommen könne. Wie ist hier der Stand der Diskussion?

Wyss Paul: Herr Kellenberger, Sie haben gesagt, dass Finnland und Schweden dabei sein wollen, um mitdiskutieren zu können. Heisst das, dass es, wenn diese Länder mit einem Verteidigungskonzept nicht einverstanden sind, kein Verteidigungskonzept gibt? Das ist doch die Grundfrage, in der wir alle unsicher sind. Solange man diese Frage nicht beantworten kann, sind alle anderen Fragen nicht beantwortbar.

Frau Bär: Meine Frage nach der Begriffsklärung von "dauernd" und "immerwährend" ist noch nicht beantwortet worden.

Vollmer: Weiss man, wann der Bundesrat Stellung nehmen wird, und was bedeutet das dann für unsere Kommission? - Wir sollten das Thema Neutralität in einer vertieften Dimension weiterbearbeiten. Dabei sollten wir auch die Positionen der anderen Länder einbeziehen, gerade auch derjenigen Länder, die jetzt der EG beitreten wollen. - Wie steht es mit dem Bericht Schindler?

M. Rebeaud : Les réponses étaient rapides, et j'aurais voulu en savoir davantage, et je ne pense pas être le seul, sur les discussions au sein du groupe de travail ainsi que sur la position du Conseil fédéral.

L'histoire de la neutralité suisse n'est pas la même que celle d'autres pays neutres. Nous nous trouvons dans une situation nouvelle, et nous ne pouvons nous contenter de réponses sommaires sur la question. Je suis convaincu que des discussions plus approfondies ont eu lieu dans le groupe de travail. On a dû s'apercevoir de lacunes dans notre connaissance institutionnelle historique, ainsi que de psychologie des peuples. On aura affaire à la psychologie de notre propre peuple lorsque viendra le temps de lui soumettre différents projets touchant à l'Europe. Il nous fallait en fait des réponses à long terme.



Ainsi, quant à l'état actuel des travaux au sein de notre diplomatie, a-t-on essayé d'explorer à fond, avec les Autrichiens et les Suédois notamment, quelles seraient les modalités de collaboration - voire de complicité commune - pour parvenir à collaborer avec la CE sans que la neutralité de chaque pays doive être sacrifiée? On sait que les gouvernements suédois et autrichien ont annoncé vouloir adhérer à la CE, mais on s'aperçoit qu'en fait, les conditions qu'ils posent sont exorbitantes. En Suède, les avis sont souvent diamétralement opposés, et je me suis laissé dire que les Autrichiens n'étaient pas totalement favorables à l'abandon de la neutralité. Je voudrais savoir ce qu'il en est entre Etats neutres.

**M. Eggly :** Je ne vois pas les choses d'une façon aussi codifiée. De deux choses l'une : ou bien, dans un certain nombre d'années, la Communauté européenne, dans laquelle nous serions par hypothèse, aurait une défense intégrée, complète. A ce moment, la question ne se poserait plus pour nous : nous ne voudrions ne garder notre neutralité que dans l'hypothèse où cette unité complète n'existerait pas. Mais si de toutes façons, nous ne voulons pas arriver à ce point-là, nous n'avons pas à entrer dans la Communauté! En effet, si nous entrons dans la CE, nous devons savoir que c'est une probabilité. Pour moi, la seule question qui se pose, c'est de savoir si à court ou à moyen terme, comme le veulent l'Autriche et la Suède, nous pourrions entrer en gardant notre neutralité. Une défense européenne rendant caduques les neutralités est-elle envisageable dans un avenir prévisible ou pas? Mais poser la question d'entrer dans la CE en conservant coûte que coûte notre neutralité telle qu'elle est ne me semble pas tout à fait logique intellectuellement. Car si l'on considère que cela ne doit pas se produire, il faut simplement refuser, alors que si l'on peut admettre qu'il ne se posera plus le problème de la sécurité individuelle, on peut admettre l'adhésion. Les questions posées cachent en fait les préférences intimes de chacun.

**Mühlemann:** Mir geht es ähnlich wie Herrn Vollmer; ich bin nicht befriedigt darüber, dass wir jetzt mit der Diskussion aufhören, um sie irgendeinmal in unbestimmter Zeit fortzusetzen. Ich glaube nicht, dass wir heute zu einem Ergebnis kommen, bei dem wir uns einig wären - ebensowenig wie der Bundesrat. Das ist aber auch nicht nötig, weil ja der entscheidende Moment für unsere Neutralität dann kommen wird, wenn die Europäische Politische Union auch eine Sicherheitgemeinschaft ist. Aber das muss uns nicht daran hindern, mit Ländern wie z.B. Oesterreich in einem permanenten Dialog zu bleiben. Noch vor zwei Jahren gab es eine gemeinsame Diskussionsbasis zwischen österreichischen und schweizerischen Parlamentariern. Ich würde es begrüßen, wenn wir auch im Rahmen unseres Reiseprogrammes eine Begegnung mit den Oesterreichern einschliessen würden. Auch zu Deutschland bestanden Verbindungen: Vor zwei Jahren war der Präsident der Aussenpolitischen Kommission der Bundesrepublik hier in Bern. Diese Kontakte können wir weiterpflegen, ohne uns an den Bundesrat zu wenden. In diesem Sinne unterstütze ich die Idee von Herrn Vollmer.



Frey Walter: Wir sollten versuchen, auf der Basis der intellektuellen Redlichkeit zu bleiben. Hier nützt es nicht sehr viel, wenn wir Hypothesen aufstellen in bezug auf die zukünftige Rechtsentwicklung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft; vielmehr müssen wir uns an das halten, was heute vorliegt. Das sind ganz klare Zielsetzungen, die niedergeschrieben sind. Es steht im Text, dass sich die EG-Länder bei fremden Konflikten einen gewissen Beistand schuldig sind, und da spielt es eine Rolle, ob sich die Schweiz in eigener Souveränität und eigener Ueberzeugung einer politischen Willensäusserung der UNO oder der EG anschliessen kann, oder ob sie als Mitglied einfach nachvollziehen muss. Daher sollten wir uns nicht Gedanken machen über die zukünftige Entwicklung der EG, sondern uns fragen, ob die EG mit ihrer heutigen Zielsetzung noch mit unserem ursprünglichen Neutralitätsgedanken kompatibel ist - ja oder nein. Diese einfache Frage muss man beantworten, denn diese Frage wird uns das Volk stellen. Ich habe mir die Antwort schon gegeben.

Kellenberger zu Herrn Wyss: Der Vertrag von Maastricht hat klargemacht, dass die Gemeinschaft auf eine gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik hinarbeitet und auch auf eine gemeinsame Verteidigungspolitik. Für die stufenweise Verwirklichung dieses Zieles ist ein gemeinsames Aktionsfeld nötig, und dazu braucht es den Konsens aller Mitgliedstaaten. Dieses Ziel, das feststeht, muss aber noch genau ausformuliert werden, und es muss auch noch bestimmt werden, in welchem institutionellen Gefäss es verwirklicht werden soll.

Zu Herrn Rebeaud und Herrn Vollmer: Wie der Präsident schon am Anfang gesagt hat, gibt es noch keine Stellungnahme des Bundesrates zu diesem Bericht. Die Haltung des Bundesrates zur Neutralität wird, wie gesagt, in zwei Berichten dargestellt werden, nämlich im Integrationsbericht und im Bericht über die aussenpolitischen Ziele. Zur Haltung der Efta-Länder, die jetzt ein Beitrittsgesuch gestellt haben, ist folgendes zu sagen: 1. Diese Länder haben alle gesagt, dass sie den Rechtsbestand der Gemeinschaft übernehmen wollen. 2. Sie übernehmen die Regeln über die europäische Zusammenarbeit. 3. Sie sind bereit, sich mit den längerfristigen Zielen der Gemeinschaft zu identifizieren, d.h. auch mit deren Sicherheitspolitik. Nur - und das scheint mir wichtig - haben Länder wie Schweden und Finnland dies nicht als unvereinbar mit militärischer Allianzfreiheit angesehen und auch nicht damit, dass sie selber für ihre Verteidigung sorgen. Sie halten es im Moment nicht für angebracht, schon in Detaildiskussionen über ihr künftiges Verhältnis zur Verteidigungsunion einzutreten; es scheint ihnen legitim, abzuwarten, wie sich das Denken der Gemeinschaft in dieser Frage weiterentwickelt. Bis jetzt ist keine Stellungnahme von seiten der EG gekommen, die zu verstehen gegeben hätte, dass dieses Vorgehen unvereinbar wäre.

Zu Herrn Eggly: Sicher hat sich die Gemeinschaft zum Ziele gesetzt hat, mit der Zeit auch eine gemeinsame Verteidigungspolitik auszuarbeiten. Das ist richtig, und dem soll man nicht aus dem Weg gehen. Es fragt sich, wie weit es für uns nicht interessant ist, mit diesen Ländern in sicherheitspolitischen Fragen zusammenzuarbeiten. Dieses Ziel



besteht - aber der Weg dazu ist noch lang. Gewisse Details sind nicht völlig zu vernachlässigen. Man kann eine gemeinsame Verteidigungspolitik verschieden formulieren; es gibt verschiedene Möglichkeiten in bezug auf das Entscheidungsverfahren, die Einsatzgebiete oder die Realisierbarkeit. - Das längerfristige Ziel steht fest, aber das ändert nichts daran, dass die Diskussion um die Modalitäten eine sehr grosse Bedeutung hat.

Borer zu Herrn Rechsteiner: Die Studiengruppe hat die Problematik der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit anderen Staaten nicht geprüft, weil diese Frage in den letzten Wochen ganz neu aufgetaucht ist. Wir haben nur grundsätzliche Überlegungen bezüglich der neuen Gefahren gemacht. Wie Sie wissen, gab es schon im 1. und im 2. Weltkrieg sicherheitspolitische Zusammenarbeit - ein bezüglich Neutralität etwas heikler Bereich. Die Entwicklung nach 1989 hat aber gezeigt, dass immer wieder und immer stärker die neuen Gefahren in den Vordergrund treten: Konflikte innerhalb und ausserhalb Europas, Bürgerkriege, Proliferation von ABC-Waffen, Terrorismus, Katastrophen etc. Die Studiengruppe hat festgestellt, dass gegenüber diesen Gefahren eine einzelstaatliche Abwehr versagen muss. Gegen diese Gefahren hilft Ihnen die Neutralität alleine nichts. Hier braucht es eine Haltung der Zusammenarbeit, der Kooperation und der Solidarität. Fragen wie z.B. die, ob wir uns als Beobachter dem Nato-Kooperationsrat angesellen sollen, werden in der Verwaltung erst in Ansätzen diskutiert. Die Verwaltung und der Bundesrat müssen sich in den nächsten Wochen eine Meinung darüber bilden. Entscheide sind noch keine gefallen.

Zu Frau Bär: "Dauernde" Neutralität als Gegenbegriff zur "gewöhnlichen" Neutralität bedeutet, dass ein Staat sich in jedem künftigen Konflikt neutral verhält. Im Gegensatz dazu entscheidet der "gewöhnlich" Neutrale erst dann, ob er neutral sein will, wenn ein Konflikt entsteht. Der Begriff "immerwährende" Neutralität ist juristisch nicht festgelegt; er hat eher einen mythologischen Charakter. Die Neutralität kann nicht immerwährend sein, weil nichts immerwährend ist. Vor allem kann die Neutralitätspolitik nicht immerwährend sein, denn die muss sich dem Umfeld anpassen. Und das aussenpolitische Umfeld verändert sich, ob wir das wollen oder nicht, ständig.

Zu Herrn Rebeaud: Die Studiengruppe hat sich vertieft auch mit den historischen Elementen der Neutralität befasst. Ich darf Herrn Bortoluzzi und Herrn Steffen versichern, dass wir uns Historiker wie z.B. Herrn Bonjour vor Augen gehalten haben, der wohl einer der besten Kenner der schweizerischen Neutralität ist. Wir verfolgen auch die Entwicklung in den anderen neutralen Staaten, und obwohl die anderen neutralen Staaten sich von der Schweiz in verschiedenster Hinsicht unterscheiden, stehen sie alle aussenpolitisch - nicht innenpolitisch - vor den gleichen Problemen. Seit 1989 hat sich unser aussenpolitisches Umfeld grundsätzlich verändert. Auch die aussenpolitische Position der Schweiz steht völlig neu da. Konstanten, auf denen wir unsere Aussen- und Innenpolitik während Jahrhunderten aufgebaut haben, sind von heute auf



morgen verschwunden. Europa befindet sich in einer Phase fundamentaler Umstrukturierung, und die Stellung der Schweiz ist heute eine ganz andere als gestern. Die Schweiz, ihre Aussenpolitik und ihre Neutralität müssen sich auf diese neuen Rahmenbedingungen ausrichten, sonst laufen wir Gefahr, im Europa von morgen unsere nationalen Interessen nicht mehr wahrnehmen zu können. Insofern befinden wir uns in derselben Situation wie Schweden, Finnland und Oesterreich und können von deren Aussenpolitik lernen.

Kellenberger zu Herrn Mühlemann: Die Libyen-Sanktionen wurden von seiten der Schweiz autonom beschlossen, als Akt der Solidarität mit der Staatengemeinschaft im Kampf gegen den Terrorismus. Das zeigt, dass die Solidarität in der Aussenpolitik ein immer grösseres Gewicht bekommt. Aber natürlich zeigen die Libyen-Sanktionen auch, wie wir immer stärker durch Entscheide an Orten, an denen wir nicht mitentscheiden, betroffen werden. Denn es ist klar, dass sich die Entscheide des UNO-Sicherheitsrates auch an die Staaten richten, die der UNO nicht angehören. Es wäre sicher interessant, die Frage zu prüfen, was passieren würde, wenn sich die Schweiz nicht solidarisch verhalten würde angesichts ihrer wirtschaftlichen und sozialen Verflechtung mit der EG und den USA.

M. Claude Frey : Vous avez dit qu'actuellement, rien ne s'opposait au traité de Rome. Il y a toutefois un paradoxe: pour qu'on puisse faire une telle réponse, il faut figer le développement du Marché commun, et en même temps adapter notre politique de neutralité. Dans l'attitude même du Bureau de l'intégration, je vois qu'on tient des discours parfois divergents. Dans un document du Bureau de l'intégration destiné à une séance avec le Parlement européen qui traite de la politique étrangère, de sécurité commune et de notre neutralité, on tire les conclusions suivantes : "notre neutralité est interprétée dans la Communauté non pas tant comme un véritable obstacle à une adhésion, que comme une manifestation d'une volonté politique déficiente et d'un faible engagement européen." Plus loin : "Une réserve de neutralité formelle est à exclure en cas d'adhésion. En outre, il conviendrait de s'abstenir de souligner qu'une adhésion à la Communauté dans son état actuel est compatible avec notre neutralité, ou plus grave encore, que tout développement de la politique étrangère et de sécurité commune requiert l'unanimité des membres." On ajoute : "Nous confirmerions en effet notre qualité de freineurs potentiels. Un pays qui en adhérant à la Communauté souscrit à la finalité possible de celle-ci ne saurait utiliser la règle de l'unanimité pour en entraver la réalisation." Je vois qu'après les réunions de Lisbonne et autres, on passera de la règle de l'unanimité à la règle de la majorité. Mais on ne peut pas dire qu'il faut adhérer rapidement parce que la règle de l'unanimité jouera en notre faveur. J'ai en effet la conviction qu'avant de nous accepter avec la règle de l'unanimité, on nous posera des questions précises : notre accord sur la finalité, qui est en fait une union de défense, plutôt que politique et économique. Nous ne pouvons donc pas faire ces réserves. Il faut dire que nous voulons abandonner une politique de neutralité, qu'on garde la



notion de neutralité la plus stricte, mais qu'en réalité cela signifie que nous n'aurons pas de politique de neutralité en politique étrangère.

Präsident: Ich mache darauf aufmerksam, dass wir noch andere Traktanden zu behandeln haben und dass Herr Vollmer die Anregung gemacht hat, diese Diskussion unter bestimmten Aspekten in einer weiteren Sitzung fortzuführen.

Frey Walter: Es darf einfach nicht passieren, dass die Verwaltung dem Bundesrat vorgreift. Herr Borer, ein bisschen Bescheidenheit wäre auch einmal am Platze; jede Generation hat das Gefühl, dass jetzt die Problematik ganz anders ist, als sie jemals in der Geschichte war. Sie hat immer ein wenig recht damit. Es mag sein, dass wir seit 1989 eine neue Ausgangslage haben; aber man kann sicher nicht behaupten, die politische Situation der Schweiz in Europa sei seit 1848 konstant gewesen.

Frau Segmüller: Da ja der Integrationsbericht, der uns in absehbarer Zeit zur Behandlung vorgelegt werden soll, auch ein Kapitel über die Neutralität enthält, sollten wir die Neutralitätsdiskussion in diesem Zusammenhang weiterführen.

Präsident: Auch im Zusammenhang mit dem Bericht über die Aussenpolitik wäre dies denkbar. Es wird ja kaum einen grossen Sinn haben, die vorgesehene Sitzung am 11. Mai durchzuführen; denn der Integrationsbericht soll zusammen mit der EWR-Botschaft erst am 20. Mai verabschiedet und dem Parlament zugewiesen werden. Ich schlage vor, die Sitzung im Mai fallenzulassen und eine zusätzliche Sitzung im Juni oder im August vorzusehen. Dort gibt es auch wieder Gelegenheit, über die Neutralität zu sprechen.

Vollmer zu Frau Segmüller: Ich fürchte, dass bei einer Diskussion der Neutralität im Zusammenhang mit dem Integrationsbericht dieser Aspekt ein wenig untergehen würde. Vor allem die Frage der Vertiefung dieser Problematik durch einen Vergleich mit den Positionen der anderen neutralen Staaten scheint mir wichtig. Dem Vorschlag von Herrn Mühlemann, auch direkte Kontakte zu knüpfen, könnte ich sehr wohl zustimmen.

Frau Nabholz: Der ganze Komplex der Integrationsfrage ist nur ein Aspekt der Neutralität. Sollten wir nicht ein reserviertes Datum dazu nutzen, mit Delegationen aus verschiedenen Ländern, die eine ähnliche Problematik haben, Gespräche zu führen? Besonders da ja ohnehin in der nächsten Zeit nicht grosse Reiseaktivitäten vorgesehen zu sein scheinen.

Präsident: Bevor wir ein Datum suchen, müssen wir grundsätzlich darüber entscheiden, ob wir eine separate Neutralitätsdiskussion führen wollen.

Frau Bär: Wenn wir die Neutralitätsdiskussion nur im Zusammenhang mit dem Integrationsbericht weiterführen, werden wir praktisch noch einmal die gleiche Diskussion wie heute führen. Herr Staatsskretär Kellenberger hat mehrmals betont, dass sich auch andere Neutrale über diese Frage Gedanken



gemacht haben. Jetzt ist der Zeitpunkt, wo wir die Runde erweitern und neue Aspekte einbringen müssen. Wir sollten so rasch wie möglich diese Efta-Partner einladen.

Frau Grendelmeier: Ich möchte nur warnen davor, den 11./12. Mai zu streichen und dann später keine Zeit mehr für vertiefte Diskussionen zu haben.

Herr Borer zu Frau Segmüller: Es ist noch nicht entschieden, ob der Bundesrat einen selbständigen Bericht über die Neutralität abfassen wird.

Präsident zu Frau Segmüller: Es ist noch nicht entschieden, in welcher Form und wann der Bundesrat zu diesem Bericht Stellung nehmen wird. Der Bundesrat hat sich noch nicht geäußert dazu.

#### Abstimmung - Vote

Für den Antrag Vollmer Stimmen	10
Für den Antrag Segmüller	7

M. Rebeaud : Je souhaiterais recevoir des documents concernant la perception de la neutralité dans la conscience collective du peuple suisse. Contrairement à ce que croit M. Eggly, je ne suis pas un adversaire à tout crin de l'adhésion à la CEE, mais je suis convaincu que si la question de la neutralité est posée devant le peuple sur le mode du présent débat, ce sera l'échec assuré.

Präsident: Ich schlage vor, dass uns das Sekretariat eine Liste von allen möglichen Studien und Unterlagen erstellt; dann können Sie ankreuzen, was Sie wünschen.



Pressemitteilung

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates tagte am 21. April 1992 in Bern unter dem Vorsitz von Nationalrat Albrecht Rychen (V/BE) und im Beisein von Staatssekretär Kellenberger und weiterer hoher Beamter.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand eine lebhaft und eingehende erste Diskussion über den Bericht der Studiengruppe zu Fragen der schweizerischen Neutralität. Im Rahmen der nächsten Sitzung vom 11. und 12. Mai 1992 sind Anhörungen mit Vertretern der anderen neutralen Staaten Europas geplant.

Die Kommission sprach sich auch über die Osteuropahilfe und hier insbesondere über die Koordination innerhalb der Verwaltung und über die Schwerpunktsetzung und den weiteren Handlungsbedarf aus. Aus der Diskussion kristallisierten sich folgende Hauptpunkte heraus:

- Das EDA solle vermehrt private Hilfsmassnahmen koordinieren und unterstützen;
- Die Kommissionsmitglieder waren der Auffassung, dass vermehrt praktische Hilfe direkt an der Basis und weniger über die Vermittlung der Regierungen geleistet werden sollte (medizinische Geräte, Fahrzeuge, Saatgut etc.), wo mit wenigen Mitteln sehr viel erreicht werden könne;
- Die Kommission beabsichtigt, nächstens mit der Finanzkommission die Probleme im Zusammenhang mit den Budgetkürzungen im Bereich der Osteuropahilfe zu erörtern. Die Kommission befürchtet, dass allfällige ungenügende Mittel die Konsolidierung des Demokratisierungsprozesses in den Ländern Zentral- und Osteuropas gefährden könnte.

Nachdem nun bekannt ist, dass der Bundesrat die Verabschiedung der EWR-Botschaft und des dritten Integrationsberichtes in der zweiten Hälfte des Monats Mai vorsieht, konnte die Kommission, die federführend bei der Vorberatung dieser beiden Vorlagen ist, die Sitzungsplanung an die Hand nehmen. Sie wird am 24. Juni 1992 Expertenanhörungen durchführen und am 25. und 26. Juni 1992 mit der Beratung der beiden Vorlagen beginnen. Wenn nötig, wird sie die Beratungen am 17.8.1992 weiterführen.

3003 Bern, den 22. April 1992

Parlamentsdienste

Fachdienst II



C O M M U N I Q U E D E P R E S S E

La Commission de politique extérieure du Conseil national s'est réunie le 21 avril 1992 à Berne sous la présidence de M. le Conseiller national Albrecht Rychen (V/BE) et en présence du Secrétaire d'Etat Kellenberger accompagné de hauts fonctionnaires.

Au centre des débats, eut lieu une première discussion animée et détaillée au sujet du Rapport du Groupe d'étude sur la neutralité de la Suisse. Il a été prévu d'entendre des représentants d'autres pays neutres lors de la prochaine séance des 11 et 12 mai 1992.

La commission a débattu également de l'aide aux pays de l'Est et s'est prononcée en particulier sur la nécessité d'une coordination au sein de l'administration, sur l'établissement de priorités et sur l'examen des besoins. De la discussion, on peut dégager les points essentiels suivants:

- Le DFAE devrait mieux coordonner les aides privées et les soutenir;
- Les membres de la commission ont été de l'avis que l'aide pratique devrait être fournie directement aux intéressés en veillant à moins devoir passer par l'intermédiaire des gouvernements (par exemple, en ce qui concerne des instruments médicaux, des véhicules, des semences, etc.) et dans les domaines où l'on peut avec peu de moyens parvenir à d'excellents résultats;
- La commission a exprimé son intention de traiter prochainement avec la Commission fédérale des finances des problèmes que soulèvent les réductions budgétaires en rapport avec l'aide octroyée aux pays de l'Est. La commission craint en effet que l'éventuelle insuffisance des moyens mette en danger la consolidation du processus démocratique dans les pays d'Europe centrale et orientale.

Vu que la commission a été informée que le Conseil fédéral prévoit d'adopter le message sur l'EEE ainsi que le troisième rapport sur l'intégration européenne au cours de la deuxième moitié du mois de mai, la commission, qui est compétente et coordinatrice ("federführend") pour l'examen préliminaire de ces deux objets, pourrait les traiter selon le calendrier suivant:

Le 24 juin 1992, elle procédera à l'audition d'experts et les 25/26 juin, elle commencera l'examen préliminaire de ces deux objets. Si besoin est, elle poursuivra cet examen le 17 août 1992.

3003 Berne, le 22 avril 1992

Service du Parlement  
Service de commission II



Confidentiel/vertraulich  
Bern, den 5 Mai 1992

NATIONALRAT  
Aussenpolitische Kommission

---

TEILPROTOKOLL 1 der Sitzung vom 21. April 1992  
9.30 - 12.40 Uhr / 14.00 - 17.10 Uhr  
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 3

TAGESORDNUNG 2. Osteuropahilfe  
- Koordination innerhalb der Verwaltung;  
Einbezug des Parlaments  
- Schwerpunktsetzung und weiterer  
Handlungsbedarf  
- Antrag Bäumlín auf Schaffung einer  
Arbeitsgruppe Osteuropahilfe  
(Uebrige Traktanden siehe Hauptprotokoll)

ORDRE DU JOUR 2. Aide aux pays de l'Est  
- Coordination au sein de l'administration;  
dans quelle mesure le Parlement peut y être  
associé  
- Etablissement des priorités et examen des  
besoins  
- Proposition Bäumlín de créer un groupe de  
travail "aide aux pays de l'Est"  
(Autres objets à l'ordre du jour voir PV  
principal)

TEILNEHMER Präsidium : Rychen

Anwesende Mitglieder : Frey Claude, Aubry,  
Bär, Bircher Silvio, Bortoluzzi (ersetzt  
Fischer-Hägglín), Caccia, Columberg, Eggly,  
Frey Walter, Grendelmeier, Haller, Maitre,  
Moser, Mühlemann, Nabholz, Oehler, Rebeaud,  
Rechsteiner (ersetzt Bäumlín), Ruffy,  
Scheidegger, Segmüller, Steffen, Vollmer,  
Wyss Paul, Ziegler Jean

Entschuldigt : Berger,  
am Nachmittag : Maitre, Oehler

Andere Teilnehmer :  
Botschafter J. Staehelin, Pol. Abt. I, EDA  
Botschafter S. Arioli, BAWI  
R. Ramsauer, Vizedirektor BAWI, EVD  
F. Meier, Stv. GS/EDA  
W. Suter, EDA

Kommissionssekretär : A. Aebi

Protokoll : I. Stauffer (d)  
H. Baessler (f)



## 2. Osteuropahilfe

Präsident: Die beiden Botschafter Staehelin und Arioli werden uns jetzt Einführungsreferate geben über die Fragen, wie die Koordination innerhalb der Verwaltung funktioniert, wie die Verwaltung das Parlament einbeziehen will, wo die Schwerpunktsetzung im Moment und in Zukunft ist und wie der Handlungsbedarf aussieht. Die finanzielle Situation der Osteuropahilfe ist klar: Für 1992 stehen nur 100 Millionen Franken zur Verfügung und für 1993 wahrscheinlich auch.

Staehelin: Sie wissen, dass für die Umsetzung des Osteuropakredits das Bundesamt für Aussenwirtschaft BAWI für den Teil Finanzhilfe und das EDA für den Teil Technische Zusammenarbeit zuständig sind. Das EDA hat zudem die Gesamtkoordination und die Vertetung vor dem Parlament. Im Anschluss an die Umsetzung des 1. Rahmenkredits von 250 Millionen Franken haben wir im EDA gewisse organisatorische Aenderungen in Aussicht genommen: Bis Anhin war die Umsetzung des Programmes auf drei Direktionen verteilt, nämlich auf die DEH für den Bereich Landwirtschaft, das DIO für den Bereich Ausbildung, Umwelt, Kultur und die Politische Direktion für den Bereich Politische Kultur und Gesamtkoordination. Von jetzt an ist die Umsetzung des ganzen Bereichs Technische Zusammenarbeit in der Politischen Direktion zusammengefasst, um eine einheitliche Konzeption sicherzustellen. In bezug auf die Zusammenarbeit mit den anderen Departementen haben wir im weiteren folgendes vorgesehen: In Ablösung der bisherigen ist gegenwärtig eine neue Verordnung des Bundesrates im Mitberichts-verfahren, um vom Bundesrat - hoffentlich - möglichst bald genehmigt zu werden. Sie sieht als zentrale Bestimmung vor: Errichtung eines interdepartementalen Programmkomitees, in dem alle sieben Departemente verteten sein sollen. Dieses Komitee soll sich mit der schwerpunktmässigen Verwendung des Rahmenkredits bezüglich Ländern, Bereichen und Instrumenten befassen. Auf dem strategisch-konzeptionellen Niveau hat dieses Programmkomitees eine beratende Funktion, um den Verantwortlichen bei der Umsetzung zur Seite zu stehen. Auf der operationellen Ebene ist die Bildung von sektoriellen Fachgruppen in den fünf Bereichen Politische Kultur, Umwelt und Energie, Gesundheit, Soziale Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft vorgesehen. Es besteht die Möglichkeit, weitere sektorielle Fachgruppen zu schaffen, die sich mit der Konkretisierung der Schwerpunkte befassen sollen. Diese sektoriellen Fachgruppen stehen, ebenfalls in beratender Funktion, den Sektorleitern zur fachlichen Unterstützung bei der Projektausführung zur Verfügung.

Was ist der Handlungsbedarf? Das Hauptproblem ist, dass wir im Grunde genommen nicht die Mittel haben, die Politik durchzuführen, die Sie uns mit der Annahme des 2. Rahmenkredits aufgetragen haben. Mit diesem Kredit haben Sie uns beauftragt, unsere Tätigkeiten sowohl mit Bezug auf die Sachbereiche wie auch mit Bezug auf die Länder auszudehnen. Neu sollen wir jetzt auch Bulgarien, Rumänien, Albanien, Estland, Lettland, Litauen, Kroatien und Slowenien berücksichtigen. Von den 26 Millionen Franken, die wir für die Technische Zusammenarbeit zur Verfügung haben, sind 25,5 Millionen Zahlungen, für die wir aus



dem 1. Rahmenkredit bereits verpflichtet sind. Für diese neuen Länder stehen somit noch 0,5 Millionen Franken zur Verfügung. Das ist unser Problem.

Arioli: Zur Organisation im BAWI: Im Sommer 1990 haben wir im Direktionsbereich Europa einen zusätzlichen Dienst eingerichtet für Wirtschaftsmassnahmen für Mittel- und Osteuropa. Seither konnten wir diesen Dienst langsam aufbauen; er umfasst heute vier Mitarbeiter, einen, der sich mit multilateralen Angelegenheiten wie der osteuropäischen Entwicklungsbank befasst und drei, die sich mit der Projektauswahl und -betreuung befassen. Wir konnten diesen Dienst zusammen mit dem seit jeher bestehenden Regionaldienst für Mittel- und Osteuropa unter die Leitung von Minister Ramsauer stellen, so dass wir das Wissen des Regionaldienstes über die wirtschaftliche Lage und das Funktionieren der Institutionen in diesen Ländern mit den spezifischen Betreuungsaufgaben im Bereich der Osthilfe verbinden können.

Was die finanzielle Situation angeht, so haben wir etwas mehr Mittel als die Technische Zusammenarbeit in unserem Budget und deshalb auch etwas mehr Spielraum. Allerdings darf man diesen auch nicht überschätzen, weil die Länder im Bereich der Finanzhilfe Grössenordnungen von etwa 50 Millionen Franken für ein Kreditengagement erwarten. Wenn wir das aufteilen auf die rund 12 Länder, die jetzt zur Diskussion stehen - ohne die Nachfolgerepubliken der Sowjetunion - können wir ihnen diese Beträge nicht im erwarteten Umfang zur Verfügung stellen. Für dieses Jahr scheint es einigermaßen zu gehen; Sorge macht uns die Finanzplanung. Es sollte sehr rasch zu Auszahlungen kommen, so dass wir im nächsten und übernächsten Jahr wahrscheinlich Probleme haben, den Erwartungen, die an die Schweiz gestellt werden, einigermaßen gerecht zu werden. Es ist wichtig, dass wir mit diesen Ländern auf dem Kanal der Hilfe Kontakt aufnehmen. Das ist ein wesentlicher Teil der Beziehungen zwischen West- und Osteuropa, und wenn da die Schweiz in einzelnen Ländern einfach nicht in Erscheinung tritt, dann ist sie in diesen Ländern praktisch kaum noch präsent. Es ist daher unser Bestreben, nach Möglichkeit mit all diesen Ländern, wenn auch angepasst an die Grösse und die Bedürfnisse des einzelnen Landes und die Möglichkeiten der Schweiz, mit diesen Ländern auch im Bereich der Wirtschaftshilfe Kontakt aufzunehmen.

M. Egaly : Vous annoncez manquer de moyens pour les projets, alors que M. Attali - concernant les budgets garantis ou privés de la BERD - regrettait récemment le manque de projets, alors qu'il y aurait trop d'argent. Pouvez-vous m'expliquer cette contradiction?

Bircher Silvio: Die neue Strukturorganisation in der Verwaltung scheint mir eine tragbare Basis für die Projektorganisation, ein gutes Fundament für die Fortsetzung der Hilfe zu sein. Umso mehr erstaunt es, dass unser im Dezember 1991 gesprochener 2. Rahmenkredit offenbar verwaltungsintern - aber scheinbar auch mit Billigung des Parlamentes - so stark gekürzt worden ist. Wir haben ja damals 800 Millionen Franken gesprochen für mindestens drei Jahre. Das macht deutlich mehr als 200 Millionen Franken im Jahr. In diesem ersten Jahr bedeutet dies



eine Reduktion um mehr als die Hälfte. Wenn ich die Antwort von Herrn Bundesrat Felber auf die Interpellation Bonny richtig in Erinnerung habe, hat er sich darauf berufen, dass wir mit dem Budget 1992 diese Kürzung sanktioniert resp. sogar ausdrücklich gewollt hätten. Aus der Diskussion des Nationalrates in der Dezembersession und auch aus der Diskussion im Ständerat während der Sondersession ging dies in keiner Weise hervor. Solche Reduktionen sind nicht die Art des feinen Mannes, und ich bezweifle, dass sie dem politischen Willen entsprechen. Ich hätte gerne noch Auskunft darüber, wie dieser Entscheidungsmechanismus funktioniert hat. Wurde einfach dem Druck der Finanzkommission nachgegeben, haben sich die Sparer gegenüber jenen durchgesetzt, die die politische Dimension dieses Betrages im Auge haben?

Wie heute der Zeitung zu entnehmen war, schätzen Fachleute den Finanzbedarf von Osteuropa auf den riesigen Betrag von 100 Milliarden Franken. Es wird vor allem an die reicheren Industriestaaten appelliert, auf bilateralem Weg mindestens die grössten Löcher zu stopfen. Vor diesen globalen Tatsachen dürfen wir die Augen nicht verschliessen.

Ich bedauere, dass jetzt, wo das Instrumentarium für eine effiziente Osthilfe geschaffen wurde, diese finanzielle Reduktion vorgenommen wird, und möchte die rein technische Diskussion auch auf diesen Punkt ausweiten. Wer hat eigentlich das Signal gegeben für diese sehr drastische Reduktion der Mittel?

Frau Grendelmeier: Herr Botschafter Staehelin, Sie haben gesagt, dass heute das Hauptproblem das Geld ist. Früher waren es die mangelnden Projekte. Können sie bitte wiederholen, welcher Betrag für die neu hinzugekommenen Länder zur Verfügung steht?

Präsident: Ich schlage vor, dass wir jetzt Herrn Scheidegger und Frau Segmüller das Wort geben, um kurz ihren schriftlichen Bericht über die Wahlbeobachtung in Albanien zu ergänzen.

Scheidegger: Ich würde das hier als Fremdkörper empfinden und möchte lieber generell zum Thema etwas sagen. Ich bin vorhin sehr erschrocken, als ich diese Zahl von 0,5 Millionen Franken gehört habe. Angesichts dieser Neuigkeiten schlage ich vor, die Reise in die Ukraine zu streichen. Es hat ja wirklich keinen Sinn, das ganze Spektrum noch zu erweitern, wenn wir nicht einmal in der Lage sind, diesen Ländern noch irgend etwas zu bieten. Hundert Millionen Franken - das ist die Grössenordnung einer mittleren Kläranlage in der Schweiz; in Polen braucht es deren tausend. Ich bin auch gegen falsche Infusionen, und teilweise werden immer noch falsche Infusionen gegeben. Wie ich kürzlich in der Tschechoslowakei gesehen habe, könnte man dort die Infusionen längstens abstellen und die Sache auf normalem, marktwirtschaftlichem Wege laufen lassen; denn man gewöhnt sich an Infusionen, genau gleich wie in der Schweizer Politik. Machen Sie mehr Schwerpunktländer, mehr Schwerpunktsprogramme! Wie ich aus Diskussionen in Polen entnehmen konnte, ist man dort der Meinung, dass zu stark Rücksicht genommen wird auf die politische Hierarchie in diesen Ländern, die alle paar



Monate wechselt. Es scheint mir besser, wenn wir selber mit Projektvorschlägen kommen, die wir für nützlich halten. Denn die politische Konstanz ist einfach noch nicht gewährt. Wir müssen die Gelder, die wir zur Verfügung haben - es ist wenig genug - , gezielt einsetzen. Es geht darum, gezielt Regionen auszusuchen, um dort etwas zu tun, z.B. Regionen in Polen, die von der Industrie stark geschädigt worden sind.

Ich warte immer noch auf die Antwort zur Abgrenzung der Hilfe an die ost- und mitteleuropäischen Länder und an die Dritten Welt. Das ist eine Frage von internationaler Dimension. Wird die Osteuropahilfe den 0,4 Prozent angerechnet, die der Bundesrat in der laufenden Legislaturperiode erreichen möchte, oder wird das separat behandelt? - Mit 0,5 Millionen Franken brauchen Sie nirgends mehr Leute hinschicken! Verzetteln Sie sich nicht zu sehr! Es wird sehr viel gereist, insbesondere werden Leute eingeladen, um die Demokratie in der Schweiz zu besichtigen und nebenbei die schönen Läden in Bern. Diese gehen dann zurück und können nichts bewegen. Wir müssen dort etwas bewegen und nicht hier Bedürfnisse wecken. - Auf Albanien möchte ich später zurückkommen.

Mühlemann: Wir stehen ja im Bereiche der Finanzen vor einer fast auswegslosen Situation. Wir können die Finanzkommission zu uns bitten oder mit der Delegation des Bundesrates diskutieren - es hat einfach zu wenig Geld in der Bundeskasse. Wir müssen daher sofort daran gehen, stärker die Koordination zu suchen mit all denen, die im privaten Bereich tätig sind. Albanien scheint mir eine Schuhgrösse, die auf uns passt. Hier hat man den Eindruck, dass man die Probleme am besten überschauen kann. Wie ich gesehen habe, geht es manchmal nicht so sehr um das Geld, sondern um kleine, interessante Aktionen. Wenn Herr Ruffy mit 2000 Büchern aus der Universitätsbibliothek von Lausanne kommt, dann ist das ungeheuer wichtig. Den Leuten dort wurde von hoher Stelle gesagt, dass in der Schweiz 800 Millionen für die nächste Tranche gesprochen worden sind. Es sind Sofortmassnahmen nötig; aber Lebensmittel müssen wir jetzt überhaupt keine nach Albanien schicken. Das macht Italien. Auch hier müssen wir eine internationale Koordination anstreben. Ich habe ein Spital in Albanien besucht; dort hat mir der Chefarzt gesagt hat, sie hätten längstens genügend Medikamente, aber es mangle dringend an Apparaten wie z.B. Schrittmachern. Da muss ein schweizerisches Spital in bilateraler Aktion Dinge liefern, die hier ersetzt werden.

Dann gibt es das Problem der Arbeitslosen: Zwei Drittel der Menschen dort sind permanente Spaziergänger. Irgendwo sollten sie Arbeit bekommen. Könnten wir nicht über unser Saisonierstatut gewisse Leute aufnehmen? Das ist auch eine Form der Entwicklungszusammenarbeit, die uns relativ wenig kostet. Langfristig gesehen gibt es die Landwirtschaft, die jetzt frei geworden ist. In Albanien gibt es eine Equipe von Idalisten, die mit einem Helikopter Saatgut in die Berge transportieren; sie haben zu wenig Saatgut. In der reichen schweizerischen Landwirtschaft gäbe es genügend Saatgut - in dieser Form wäre mehr Phantasie nötig.



Zum Dienstleistungsbereich: Die Albanier haben Chrom und Kupfer. Irgend einmal wird eine Schweizer Bank entdecken, dass man gegen harte schweizerische Währung diese Rohmaterialien beziehen kann. Hier wird ein Schulungs- und Beratungsprogramm angeschlossen sein, in Zusammenarbeit mit privaten Institutionen. Das Land könnte auch touristisch erschlossen werden. Oder dann habe ich einen Amerikaner angetroffen, der Präsident der Seniorenmanager ist: Er vermittelt ehemalige Manager, und selber hat er für alle Zeitungen die Druckereimaschinen gebracht. - Private Initiative ist wichtig; aber jemand muss diese Aktionen koordinieren, und das kann nur der Schweizer Botschafter in Tirana sein, den wir jetzt möglichst schnell einsetzen müssen.

Wie Herr Scheidegger gesagt hat, hat es sicher keinen Sinn, dass wir ständig Leute hierher einladen, um sie zu beschulen. Was nützt es, Leute aus der ehemaligen Sowjetunion hierher zu holen und ihnen zu erklären, wie der Finanzausgleich im Toggenburg vor sich geht - wie das geschehen ist. In Albanien gibt es keinen einzigen Bahnwagen mit Scheibenbremsen. Gibt es bei der SBB nicht ausrangierte Wagen? Die PTT-Busse, die Sie dort unten finden, sind nicht von der PTT zur Verfügung gestellt, sondern von Kosovo-Albanern, die eine Sammlung gemacht und die Busse Albanien geschenkt haben. Kurzfristig können unzählige solche Aktionen weiterhelfen. Es gibt viele Gruppierungen in der Schweiz, die sich damit befassen; Herr Frey hat eine sehr verdienstvolle Organisation aufgestellt. Aufgabe des Bundes wäre es, die Koordination durchzuführen, nicht nur hier in Bern, sondern auch an Ort und Stelle. Albanien könnte ein Schwerpunktland werden, wie es Herr Scheidegger vorgeschlagen hat. Angesichts der Versprechungen, die wir gemacht haben, sind wir in geistiger Schuld gegenüber vielen Staaten, und irgend etwas müssen wir tun, um diese Schuld einzulösen.

Frey Walter: Damit Sie mich einordnen können: Ich bin Mitglied der Finanzkommission und dort nicht gerade als Steuererhoher bekannt. Andererseits bin ich der Osteuropahilfe gegenüber positiv eingestellt. Damit die Wirtschaft greifen kann, braucht es gewisse Voraussetzungen. - Ich möchte Sie bitten, von dieser Kommission aus nicht nur Wünsche zu stellen, auch dann nicht, wenn Sie damit etwas Gutes tun wollen. Man soll das Schiff nicht überladen, nicht Wünsche wecken, die man nachher nicht erfüllen kann. Wir haben schon am Anfang gesagt, die Voraussetzung für Hilfe sei Demokratie. Darum hat es mich erstaunt, dass man nun die Motion für Hilfe an die ehemalige Sowjetunion überwiesen hat. Wir müssen aufpassen, dass es nicht zu einer Anspruchsinflation kommt. Ich bin einverstanden mit Herrn Mühlemann, dass das EDA Koordinationsaufgaben wahrnehmen muss. Andererseits muss ich Ihnen sagen: Unser Staat braucht das Sparen. Das EDA hat in den letzten fünf Jahren den grössten Kostenzuwachs zu verzeichnen. Das wird im Volk notiert. Wenn wir selber 2 Prozent oder mehr Arbeitslose haben, werden die Leute bald einmal fragen, warum wir immer den anderen zuerst helfen und nicht ihnen. Ich bitte Sie deshalb, Mass zu halten und nicht bei jeder Sitzung einen neuen Kredit zu sprechen.



Columberg: Ich zweifle nicht am guten Willen der Beauftragten im Departement; was mir aber nötig scheint, ist eine vermehrte Information an Ort und Stelle. Gerade wenn man aus einer entfernteren Regionen kommt, stellt man öfters fest, dass in Bern der gute Wille zwar vorhanden ist, nicht aber die örtlichen, regionalen Kenntnisse. Mir ist es noch immer nicht verständlich, warum die Botschaften nicht stärker engagiert werden. Die Leute, die die Verantwortung für die Koordination tragen, müssen an Ort und Stelle sein, damit man wirklich in Kenntnis der Bedürfnisse handeln kann. Bei meinen Besuchen hatte ich immer den Eindruck, dass die Botschafter zu wenig informiert sind, insbesondere dort, wo wir sehr initiative Leute haben - ich denke an den Botschafter von Bulgarien, der ein guter Mann ist; aber mit dem Stab, den er zur Verfügung hat, kann er diese Aufgabe nicht wahrnehmen.

Auch ich bin der Meinung, dass wir uns beschränken sollten. Zurzeit könnten aufgrund der Versprechungen, die wir gemacht haben, Buglarien und Albanien Schwerpunkte bilden. - Wie Herr Mühlemann erachte ich die Koordination als ausserordentlich wichtig. Durch Koordination auch mit den privaten Hilfsaktionen könnte die Effizienz wesentlich vertärkt werden. - Schliesslich ist es mir ein Anliegen, dass die Leute, die eingesetzt werden, kritisch ausgewählt werden. Ich habe gelegentlich das Gefühl, dass Schweizer sich gerne an die Futterkrippe heranmachen; die Ansätze sollten nicht so bemessen sein, dass ein Einsatz für Osteuropa geradezu lukrativ ist.

Frau Segmüller: In den fünf Tagen, die ich in Albanien war, fuhr ich auch quer über das Land. Augenfällig ist die landschaftliche Verwandtschaft mit der Schweiz. Schon aus diesem Grunde könnten wir dort vermutlich viel bringen. Primär fallen folgende Bereiche auf: Tourismus - in gewissen Gegenden schreien die Leute förmlich nach einem Ausbau - und das Transportwesen. Ich habe entlegene Gegenden besucht, wo die Strassen aufhören. Auf unsere Fragen haben die Bauern geantwortet, zwar sei nun die Landreform erfolgt, aber die Produkte auf die Märkte zu bringen, werde ein echtes Problem sein. Wenn ich einen Punkt nennen könnte, wo man schnell und wirksam helfen könnte, ist das das Transportsystem. - Auch die von Herrn Mühlemann erwähnte Maternité habe ich besucht; dort bahnt sich jetzt eine Koordination zwischen den Ländern an. Die Schweiz hat sich bereit erklärt, eines der Gebäude zu sanieren. Dafür war 1 Million Franken vorgesehen; aber jetzt stellt sich heraus, dass das 8 bis 9 Millionen kosten würde. Dabei ist es um jeden Franken schade; denn es wäre viel besser, das ganze Gebäude abzureissen und neu aufbauen. Wir sind eigentlich sehr unwirsch empfangen worden, denn es hiess, die Schweiz habe grosse Versprechungen gemacht und dann sei in den letzten drei Monaten noch gar nichts geschehen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Botschaft noch nicht besteht. Der Verteter des Katastrophenhilfskorps leistet sehr gute Arbeit, müsste aber Verstärkung haben. - Der Vergleich von Albanien mit der Schweiz - Gebirgsland, arbeitsame Bevölkerung usw. - ist in den Köpfen der Bevölkerung drin, bis aufs Land hinaus, und wir hätten sicher eine lohnende Aufgabe, wenn es uns gelänge, hier Projekte zu realisieren.



M. Ruffy : Je me limiterai dans ma présentation du problème albanais, qui est immense. La conclusion de ce que l'on vient d'entendre est qu'il serait intéressant de créer un sous-groupe de travail, quel que soit sa forme, réunissant les représentants des départements concernés ainsi que les parlementaires qui, depuis un certain nombre d'années, se préoccupent de la situation dans les pays de l'Est. Nous sommes tous confrontés, devant la situation des pays de l'Est, à des problèmes qui sont en fait spécifiques à chaque pays et demandent une réflexion adéquate.

Mme Segmüller a fait allusion à la maternité de Tirana : une première estimation pour sa remise en état était de 3-4 millions de francs, et tout bien considéré, cette somme devrait s'élever à 8-9 millions, ce qui est impossible, vu les moyens que nous mettons à disposition de notre aide. Sans parler des coupes qui ont été faites dans le budget, et qui sont une stupidité politique. Dans le cas de l'Albanie, le nouveau ministre de l'éducation que je viens de rencontrer prévoit l'échec de la démocratie s'il n'apporte pas la preuve que des améliorations ont pu être apportées dans son domaine. J'ai la liste des articles dont il a besoin : livres, papier, bottes pour chausser les enfants dans les campagnes, et surtout 100 autobus - comparés aux dérisoires 3 autobus que nous avons fait parvenir -.

Ayant examiné la situation de l'Albanie ici au Parlement et au Conseil de l'Europe, nous avons constaté qu'il était nécessaire d'intervenir sur deux ou trois points qui permettraient aux Albanais de regagner la confiance. C'est évident que si l'encadrement médical ou scolaire se désagrège brusquement, le pays va se vider de ses cadres. Or, nous devons apporter des moyens en hommes et en matériel pour permettre à cette société de regagner la confiance en elle-même. Dans les priorités, la santé et l'école viennent en premier lieu, avant l'aide économique.

En conclusion, nous devons :

- veiller à ce que le budget ne subisse pas de coupe pour l'aide aux pays de l'Est;
- veiller à ce que l'opinion publique ne soit pas abusée quant aux chiffres annoncés pour cette aide;
- veiller aussi à ce que les habitants des pays concernés par l'aide ne se trouvent pas abusés non plus devant nos promesses non tenues.

Frau Haller zu Herrn Frey Walter: Ich glaube, wir sollten auch ab und zu über die Verantwortung der Schweiz und der Schweizer Parlamentarier reden. Verschiedene Votanten haben es angetönt: Es steht nicht nur auf dem Spiel, wie schnell es wirtschaftlich in den ost- und mitteleuropäischen Staaten weitergeht, sondern es geht jetzt darum, ob der Demokratisierungsprozess überhaupt gelingt, und das hat letztlich wirtschaftliche und sicherheitspolitische Konsequenzen für unser Land. Von Zeit zu Zeit müssen wir auch im Gespräch mit dem sogenannten Mann von der Strasse, den Herr Frey zitiert hat, diese Zusammenhänge aufzeigen. Wir müssen aufzeigen, in was für einem Verantwortungskontext sich die Schweiz jetzt befindet, durchaus auch in dem Zusammenhang, dass sie eigene Werte hat und eigene sicherheitspolitische und wirtschaftliche Bedürfnisse, die alle



- auch diese Männer von der Strasse - sicher unterschreiben können.

Die andere Verantwortlichkeit leitet sich davon ab: Es ist unsere eigene Verantwortlichkeit. Im Gespräch mit dem Mann von der Strasse geht es ja nicht nur darum, dass wir grosse Ohren machen und hören, was dieser Mann sagt; vielmehr sind auch wir öffentliche Meinungsmacher. Wir müssen bei der öffentlichen Meinungsmache diese Zusammenhänge darstellen. Deshalb habe ich ein schales Gefühl, wenn wir uns nur auf diese Männer von der Strasse berufen.

Präsident: Herr Botschafter, Sie haben gespürt, dass sich die Kommission fragt, wie wir mit den wenigen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, eine möglichst effiziente Arbeit leisten können. Die Antwort auf die Frage nach den Verantwortlichen für die Budgetkürzungen ist aus meiner Sicht klar: Es sind nicht die angesprochenen Botschafter, sondern das Parlament selbst.

Stahelin zu Herrn Bircher: In der Tat geht die Öffentlichkeit davon aus, dass diese 800 Millionen Franken auf drei Jahre verteilt werden; das macht pro Jahr 266 Millionen. Tatsache ist, dass in diesem Jahr 100 Millionen bewilligt wurden. Das bedeutet mit anderen Worten eine Ausdehnung des Rahmenkredites auf weit über 3 Jahre. Dies ist ein Problem angesichts der Tatsache, dass die Botschaft zur Osthilfe von der Soforthilfe redet. Nun ist ja die Hilfe wirklich dringend, und es ist schwierig, unsere Partner auf das Jahr 1994 zu vertrösten, umso mehr als die Finanzplanung das Schwergewicht eher auf die zwei letzten Jahre der Planung legt; wir haben somit in den Jahren 1994 und 1995 mehr Geld zur Verfügung als in den Jahren 1992 und 1993; dabei wäre das Umgekehrte wichtiger.

Wie kam es zu diesen Kürzungen? Ich kann Ihnen versichern, dass wir auf unserem Niveau versucht haben, das Geld zu bekommen. Dabei waren wir vielleicht zu bescheiden und hätten wohl von Anfang an 20 Prozent mehr fordern sollen; wir werden daraus lernen. Wir haben 38 Millionen Franken verlangt; nun sind wir bei 26 Millionen. Die Entscheidung erfolgt auf der politischen Ebene, die uns entzogen ist. Auf der Stufe Generalsekretäre/Bundesrat werden einfach Parameter gesetzt und bestimmt, wieviel jeder bekommt; an diese Entscheide müssen wir uns anpassen.

Zu Frau Grendelmeier: Wir haben - wie gesagt - dieses Jahr für die Technische Zusammenarbeit 26 Millionen Franken zur Verfügung. 25,5 Millionen davon sind Auszahlungen für Verpflichtungen, die wir aus dem 1. Rahmenkredit eingegangen sind und die in diesem Jahr zahlungswirksam werden. Wir haben also einen Spielraum von einer halben Million für alles, was für den zweiten Rahmenkredit vorgesehen ist.

Herr Scheidegger, ich bin Ihrer Meinung, dass es keinen Sinn hat, jetzt in die Ukraine zu gehen, weil wir ja kein Geld haben. Die Botschaft zur Aufstockung mit Bezug auf die GUS-Republiken ist in Ausarbeitung; aber wir haben natürlich noch gar nichts.



Wie soll man die Bedürfnisse in diesen Ländern definieren? Da gibt es zwei Schulen: Unsere Position ist es, dass es nicht an uns liegt, diesen Ländern zu sagen, was sie brauchen, sondern an ihnen. Aber man kann sicher auch anderer Meinung sein. - Wir sind jetzt daran, die Abgrenzung der Osthilfe zur Hilfe an die Dritte Welt festzulegen, ganz besonders mit Bezug auf die zentralasiatischen Staaten. Aber nachdem wir kein Geld haben und in den zentralasiatischen Staaten überhaupt nicht tätig werden können, haben wir diese Antwort in der Dringlichkeit noch etwas zurückgestellt.

Mit einer vermehrten Ausbildung vor Ort bin ich einverstanden. Wir versuchen, schergewichtig so vorzugehen, dass wir die Leute nicht hierher einladen. Der Multiplikatoreffekt ist viel grösser, wenn die Ausbildung bei ihnen geschieht. Wir sind froh, wenn auf seiten der Parlamentarier Verständnis dafür besteht, dass wir gewisse Begehren, die Sie uns unterbreiten, zurückweisen.

Zu Herrn Mühlemann: Ihr Hinweis, Albanien als kleines Land wäre für einen schweizerischen Einsatz besonders geeignet, berührt eine echte Grundsatzfrage. Man fragt uns sehr oft, warum wir so kleine Projekte machen, das bringe nichts. Aber in dieser Kommission wurde uns sehr oft gesagt, wir sollten gerade auch mit solchen Projekten fortfahren, denn mit wenig Geld könne man einen sehr grossen Goodwill erreichen. Im übrigen besteht ein Projekt des Verbandes schweizerischer Spitäler, wonach Schwesterspitäler in den osteuropäischen Staaten gesucht werden, mit denen eine bilaterale Zusammenarbeit stattfinden soll. Und wir hoffen auch, dass unser Geschäftsträger in Albanien im Mai seine Tätigkeit aufnehmen kann. - Generell muss ich Ihnen sagen, dass die Institutionen, die an uns gelangen, von uns nicht so sehr Koordination und gute Ratschläge wollen sondern Geld. Das ist ein Faktum. Wir versuchen natürlich schon, sie mit guten Ratschlägen abzuspeisen; aber die Antworten darauf sind dann manchmal etwas unfreundlich.

Zu Herrn Frey Walter: Infrastrukturprojekte sind sicher sehr wichtig. Bei der Hilfe an die ehemalige Sowjetunion wird eines der Probleme sein, ob und inwieweit auf die Respektierung der politischen Konditionalität gedrungen wird. Was unseren Kostenzuwachs bei den aussenpolitischen Aktivitäten angeht, stimmen zwar die Zahlen; aber der Ausgangspunkt ist natürlich ein bescheidener. Deshalb ist der Zuwachs in Prozenten gross, wenn auch die absoluten Zahlen nicht so gross sind.

Zu Herrn Columberg: Warum nicht mehr Koordinatoren vor Ort? Aus Personalproblemen. Wir haben die Mittel nicht, um in jeder Botschaft einen Koordinator zu haben. Wir haben ungefähr sechs Mitarbeiter im Sekretariat in Bern. Wenn ich diese auf die osteuropäischen Staaten verteile, dann habe ich niemanden mehr in Bern. Ich bin gehalten, die personellen Kosten so gering wie möglich zu halten. Gerade wenn das Budget gekürzt wird, muss ich sehr darauf achten, dass man uns nicht vorwerfen kann, wir würden unsere Mittel in erster Linie für Personalausgaben verwenden. - Was die Beschränkung auf ein Land betrifft, hoffe ich, vom Programmkomitee Anhaltspunkte zu bekommen. - Was Sie



Zu Frau Segmüller, Herrn Ruffy und Frau Haller: Albanien ist in der Tat ein Land, das uns naheliegen müsste; aber- wie gesagt - wir haben im Moment keinen Spielraum. Ich persönlich war noch nicht in Albanien und werde erst dorthin gehen, wenn ich Geld habe. Im übrigen haben wir nächstes Jahr nicht gleichviel, sondern weniger Geld, weil nämlich die 10prozentige, lineare Reduktion eintritt. - Jetzt muss ich leider in die Finanzkommission des Ständerates; ich werde versuchen, die Herren dort zu sensibilisieren.

Arioli: Zu Albanien möchte ich noch ergänzen, dass wir von der Weltbank angesprochen wurden, die dort schon seit Monaten Untersuchungen darüber anstellt, welche Güter von absoluter Priorität für das Funktionieren nicht nur der Wirtschaft, sondern des ganzen Landes sind. Die Weltbank hat uns angegangen, weil sie die Mittel wahrscheinlich erst im Juni zur Auszahlung bereit hat. Wir sind gegenwärtig im Gespräch. Zuerst ging es um Düngemittel, aber dafür ergaben sich dann andere Quellen. Das wäre auch nicht eine spezifisch schweizerische Leistung gewesen. Was jetzt im Vordergrund steht, sind gewisse Apparaturen für die Stromverteilung; die Stromversorgung ist ja eine sehr wichtige Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Das scheint uns vom Bedarf her absolut prioritär, und eine technische Abklärung ist im Gange. Wir werden eine Ausschreibung machen, sobald das spruchreif wird.

Zu Herr Eggly: Es stimmt, dass der Präsident der Europäischen Entwicklungsbank, Herr Attali gesagt hat, dass die Bank mehr Projekte in Osteuropa finanziert könnte, wenn sie nur vorhanden wären. Andererseits hat er an der Jahresversammlung von letzter Woche in Budapest in seiner Eröffnungsrede einen sehr drastischen Alarmruf gebracht und gesagt, dass die Bedürfnisse enorm sind und auch im Interesse der Demokratisierung eine Unterstützung dringend notwendig ist. Woher dieser Widerspruch? Wenn er von fehlenden Projekten spricht, dann meint er damit Projekte, die er mit den eigenen Mitteln der Bank finanzieren kann. Um eigene Mittel zur Verfügung stellen zu können, muss sich die Bank auf dem Kapitalmarkt refinanzieren können, d.h. sie muss von ihrem Dahrlehensnehmer einen Zins verlangen können, der ihre Kosten deckt. Das ist die erste Bedingung; die zweite Bedingung: Das Projekt kann kein hochriskantes Projekt sein, denn damit sich die Bank auf dem Kapitalmarkt refinanzieren kann, muss sie ein gutes Credit treating haben. Sie hat ein AAA Credit treating - das beste, das es gibt - und das möchte sie natürlich behalten. Das dritte Problem: Die Bank muss zu 60 Prozent ihrer Finanzierung Projekte des Privatsektors finanzieren, und der Privatsektor ist etwas, was in diesen Ländern im Aufbau und deshalb für Mittel zu den Bedingungen der Bank noch nicht mit sehr grosser Absorptionskraft ausgestattet ist. Der Grund für diese Feststellung von Herrn Attali ist der, dass er möchte, dass die Bank mehr weiche Mittel zur Verfügung bekommt, damit sie mehr zinsgünstige Darlehen geben und Beratungstätigkeit finanzieren kann. Herr Attali war bisher relativ erfolgreich mit seinem Fund raising, indem er immerhin 70 Millionen Ecu für Technische Zusammenarbeit brauchen kann, die er à fonds perdu erhalten hat. Die Schweiz hat auch 1 1/2 Millionen Franken dazu



beigetragen. Aber um die Tätigkeit der Bank ausdehnen zu können, möchte er begreiflicherweise mehr Mittel, und deshalb seine Aussage, für die Mittel der Bank gebe es zuwenig Projekte, man müsse andere Mittel verfügbar machen, um den dringenden Bedürfnissen dieser Länder entgegenzukommen.

Präsident: Die Situation ist unbefriedigend, denn wir stellen fest, dass wir in einem Dilemma sitzen: Einerseits ist die Hilfe dringend nötig, andererseits haben wir die Finanzen nicht. Welche Schlüsse will die Kommission aus dieser Lage ziehen?

Frau Nabholz: Ich habe mich gefragt, ob wir nicht in diesem Fall von der Möglichkeit einer gemeinsamen Sitzung von Mitgliedern der Finanzkommission und Mitgliedern aus unserer Kommission Gebrauch machen sollten. Ich bin ganz der Meinung von Frau Haller, dass hier nicht nur finanzpolitische Erwägungen, sondern zahlreiche andere, zum Teil sehr virulente Fragen auf dem Spiele stehen. Ich glaube nicht, dass man hier Wunder erwarten kann; aber die Ausschöpfung dieser neuen Möglichkeit wäre wohl der Mühe Wert.

Frau Bär: Ich wäre einverstanden mit diesem Vorschlag. Herr Präsident, Sie haben mehrmals betont, dass wir als Parlament verantwortlich sind für diese Kreditkürzung. Herr Botschafter Staehelin hat auf diplomatische Art eine direkte Aussage dazu vermieden. Mir ist es nach wie vor völlig unklar, wie das Parlament diesen Kredit hat kürzen können, nachdem wir am 12. Dezember 1992 die 800 Millionen Franken gesprochen haben. Mitglieder unserer Kommission, die aus diesen Ländern zurückkehren, bestätigen immer wieder, dass dort Erwartungen geweckt wurden, die wir jetzt offenbar nicht mehr zu erfüllen bereit sind. Ich möchte diesen Punkt geklärt haben

Steffen: Wir müssen einmal realistisch sein und feststellen, dass wir schon damals wussten, dass wir mit einem grossen Defizit ins nächste Jahrzehnt gehen werden. Man hat in der Eintretensdebatte darauf hingewiesen und sogar den Bundesrat gefragt, ob er diesen Kredit wirklich verantworten könne. Der Kredit wurde dann doch in voller Höhe beschlossen, und jetzt haben wir den grossen Salat. Mit diesem Salat müssen wir leben; das müssen wir als Parlament auf unsere Kappe nehmen.

Frau Grendelmeier: Was Herr Steffen gesagt hat, finde ich skandalös. Der Kredit wurde am 12. Dezember beschlossen, und wenn Sie jetzt sagen, das hätte nicht passieren dürfen, bedeutet dies, dass er jetzt hintenherum gekürzt worden ist. Ich möchte die Namen der Leute wissen, die diesen Kredit gekürzt haben.

Präsident: Ich wäre trotz allem vorsichtig. Bevor es nicht ganz klar ist, würde ich auch keine indirekten Beschuldigungen machen. Frau Bär hat recht: Wir müssen es abklären. Vielleicht könnte uns ein Mitglied der Finanzkommission weiter bringen. Ein Rahmenkredit ist ja nicht ein Verpflichtungskredit - das haben wir gewusst, als wir den Kredit sprachen. Die Frage ist nun: Wer hat für das Jahr 1992 die 100 Millionen gesprochen? Das muss doch das Parlament gewesen sein.



Frey Walter: Ich war letztes Jahr noch nicht Mitglied der Finanzkommission, aber es ist genau so, wie Sie sagen. Das Budget wurde durch den Bundesrat vorbereitet, dann von der Finanzkommission beraten und schliesslich im Rate debattiert. Parallel dazu lief die Anfrage über den Rahmenkredit. Ich erinnere daran, dass es auch in dieser Kommission Stimmen gegeben hat, die vor überspannten Forderungen warnten. Diese Stimmen wurden weniger beachtet, auch im Plenum. So haben wir jetzt die Situation, dass auf der einen Seite hohe Erwartungen sind, auf der anderen Seite aber die 100 Millionen Franken, über die das Parlament mit dem Budget abgestimmt hat.

Mühlemann: Es nützt nichts, wenn wir jetzt gegenseitig Schuldige suchen. Es mag sein, dass in dieser Kommission eher mehr idealistisch gesinnte Menschen sind und in der Finanzkommission mehr Numismatiker. Ich halte den Vorschlag von Frau Nabholz für gut. Wenn je eine Delegation unserer Kommission, der Finanzkommission, des Bundesrates und der Verwaltung zusammenkommen, kann vielleicht im Hinblick auf das nächste Jahr noch etwas verschoben werden. - Aber ich verspreche mir auch etwas mehr Ausschöpfen unserer Ressourcen. Wenn man aus Albanien in dieses Land zurückkommt, hat man den Eindruck, das sei das Paradies auf Erden. Wir sind eine Ueberflussgesellschaft, wo unzählige Installationen, Waren, Fahrzeuge anfallen, die man dorthin geben könnte. Eine solche Goodwillaktion könnte aus der jetzigen Situation das beste machen.

Präsident: Eines möchte ich wirklich klarstellen. Die anwesenden Herren Botschafter haben den Kredit nicht gekürzt.

Frau Haller: Wir stehen jetzt vor der Situation, dass wir nicht wissen, wie wir die nötige Sensibilisierung erreichen können. Wir als Mitglieder dieser Kommission wurden durch die Berichte einiger Mitglieder immer mehr sensibilisiert, wussten aber bisher auch nicht genau, was hier vorgeht. Ich stehe erst seit zwei Stunden fassungslos vor etwas, das nicht so anstehen kann. Den Vorschlag von Frau Nabholz, die Leute der Finanzkommission begegnungsmässig mit uns und der Verwaltung zu vernetzen, halte ich auch im Hinblick auf eine Sensibilisierung der Finanzkommission für sehr gut. Dabei scheint mir wichtig, dass Leute aus der Verwaltung dabei sind, die die Probleme dieser Länder kennen.

Scheidegger: Wir sollten unbedingt an den beiden Daten im Mai festhalten und das Thema Osteuropa dort wieder aufnehmen. Ich habe z.B. meinen Bericht über Albanien dem Herrn Präsidenten geschickt; aber er wurde den Kommissionsmitgliedern nicht zugestellt. Das könnte man nachholen. Man könnte auch den Bericht der Wahlbeobachter des EDA mitliefern. Vielleicht wäre es sogar möglich, Ausschnitte aus den sehr guten Sendungen des Fernsehens über diese Wahlen bereitzustellen. Anschliessend könnten Frau Segmüller und ich noch hängige Fragen beantworten. - Zu den Krediten: Wieviel von den 25,5 Millionen Franken, für die wir verpflichtet sind, wird überhaupt ausgegeben? Wo ist der Realisierungsgrad, und wieviel bleibt trotzdem noch liegen? Es geht oft mehrer Jahre, bis ein Kredit ausgelöst wird, und es kann auch sein, dass dies gar nicht geschieht. Auch diese Frage



sollte mit Fachleuten diskutiert werden und wäre ein Traktandum für die Maisitzung.

Präsident: Ich habe den Bericht von Herrn Scheidegger tatsächlich erhalten und hatte die Absicht, ihn durch das Sekretariat verschicken zu lassen. Ich möchte mich dafür entschuldigen, dass er bei mir liegenblieb. Es wird nachgeholt.

Frey Walter: Ich möchte Sie davor warnen, Ihr Heil allein bei den Kontakten mit der Finanzkommission zu suchen. Sie können sich vorstellen, dass alle, die unter der 10prozentigen Kürzung des Bundesrates zu leiden haben, jetzt bei der Finanzkommission vorsprechen. Angesichts der zahlreichen Begehren, die zu erwarten sind, möchte ich Frau Nabholz bitten, Ihren Antrag zurückzuziehen.

M. Claude Frey : Il y a peu de temps, suite à la reconnaissance des nouveaux Etats, nous avons constaté que nous n'avons pas assez de personnel pour les représentations diplomatiques. Nous sommes intervenus, et la commission était unanime pour dire que c'était nécessaire d'être présents sur place. Mais nous ne pouvons pas à chaque séance aller en surenchère. Je ne pourrai pas approuver la proposition de Mme Nabholz de rencontrer la commission de gestion. J'ai été membre moi-même pendant 6 ans de la commission des finances, nous pourrions de la même manière poser les mêmes questions si nous nous occupions de la science et de la recherche, dont le budget a aussi été réduit. Je crains, avec la nouvelle organisation des commissions, que l'on ne souffre du "syndrome scolaire", c'est-à-dire que quelle que soit la tendance politique, nous soyons tous d'accord pour dire que l'objet dont nous traitons est le plus important. Je ne méconnais pas la nécessité d'un effort accru, mais nous sommes pris dans un ensemble. Il faut plutôt dégager des priorités, sinon il y va de notre crédibilité.

Präsident: Um 17.00 h möchte ich die Sitzung schliessen und beantrage deshalb, die Traktanden 3, 4 und 5 zu verschieben. Unumgänglich ist die Behandlung von Traktandum 6.

Frau Haller: Ich glaube, Herr Frey hat mein Votum nicht richtig verstanden. Ich habe gesagt, dass die Frage der Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Staaten langfristig für unser Land finanzpolitische Konsequenzen hat, z.B. im Militärbereich oder im Wirtschaftsbereich. Wenn ich es für sinnvoll halte, diese Zusammenhänge mit Vertretern der Finanzpolitischen Kommission zu diskutieren, so nicht deshalb, weil ich - wie alle anderen - sagen möchte, das sei jetzt das Wichtigste. Ich möchte diese Diskussion führen, um diese Zusammenhänge begreifbar machen. Ich selber bin erst nach längerer Konfrontation mit dieser Situation zur Ueberzeugung gekommen, dass die Osthilfe für unser Land von sicherheitspolitischer Bedeutung ist.

M. Eggly : M. Frey a probablement raison, mais si c'est le cas, c'est grave. En effet, nous sommes arrivés à un moment où si nous n'arrivons pas le plus vite possible à établir des priorités, nous allons le payer très cher. Je crois qu'on peut discuter des subventions AVS, ou aux caisses-maladie, ou à l'agriculture, et cela ne sera pas une catastrophe pour le



pays. En revanche, si nous ne prenons pas les mesures nécessaires pour les pays de l'Est, ce sera une catastrophe pour l'Europe. Si nous ne faisons pas ce qui s'impose pour la science et la recherche maintenant, ce sera une catastrophe pour notre pays dans 5 ans.

Je me demande si ce n'est pas le devoir, tous partis confondus, d'une commission telle que la nôtre de montrer au Parlement à quel point cette aide est indispensable, voire vitale pour l'Europe. Quant aux difficultés évoquées par M. Frey Claude pour parvenir à un consensus sur les réductions de budget, il faudra alors accepter simplement une majorité bourgeoise.

Frau Nabholz: Ich bin dankbar für diese Voten und stelle formell den Antrag, einen Kontakt mit einer Delegation der Finanzkommission herzustellen.

Präsident: Ich verstehe diesen Antrag so, dass eine kleine Delegation oder der Präsident beim Präsidenten der Finanzkommission vorspricht, um dieses Anliegen vorzubringen.

Frau Nabholz: Nein, es wurde eigentlich gesagt, dass eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern beider Kommissionen, die das entsprechende Sachwissen mitbringen, bestimmt werden, die zusammen aus der Optik beider Kommissionen die Probleme à fonds diskutieren - unter Beizug der Verwaltung, die das nötige Hintergrundwissen beitragen kann.

#### Abstimmung - Vote

Für den Antrag Nabholz	12
Stimmen	5
Dagegen	

#### Antrag Bäumlín auf Schaffung einer Arbeitsgruppe Osteuropahilfe

M. Ruffy : Ce qu'il s'est passé dans nos esprits à propos des pays de l'Est, c'est que nous les classions dans un stéréotype. Maintenant que la situation est au grand jour, on s'aperçoit que chaque pays est un cas spécifique. Il est donc nécessaire de réfléchir à chaque fois que l'on veut établir un programme de développement. Il serait intéressant que les membres de l'administration confrontés à l'évaluation d'un projet puissent soumettre leurs idées à des membres de cette sous-commission, dont Mme Bäumlín propose la création.

Präsident: Nachdem Frau Bäumlín über die Idee schon sprechen konnte und der Antrag schriftlich vorliegt, sind die Meinungen wahrscheinlich gemacht, und ich möchte gleich darüber abstimmen lassen. Sie sind mit diesem Vorgehen einverstanden.

#### Abstimmung - Vote

Antrag Bäumlín auf Einsetzung einer Subkommission Osteuropahilfe	8 Stimmen
Dagegen	10



Confidentiel/vertraulich  
Bern, den 5 Mai 1992

NATIONALRAT  
Aussenpolitische Kommission

---

TEILPROTOKOLL 2

der Sitzung vom 21. April 1992  
9.30 - 12.40 Uhr / 14.00 - 17.10 Uhr  
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 3

TAGESORDNUNG

6. Vorbereitung der Sitzungen vom  
11/12.5.1992, vom 25/26.6.1992 und  
Festlegung zusätzlicher Sitzungen im  
Zusammenhang mit der EWR-Botschaft und dem  
3. Integrationsbericht

7. Verschiedenes

(Uebrige Traktanden siehe Hauptprotokoll)

ORDRE DU JOUR

6. Préparation des séances des  
11/12.5.1992, 25/26.6.1992 et fixation de  
dates supplémentaires en prévision du  
message sur l'EEE et du 3ème rapport sur  
l'intégration

7. Divers

(Autres points à l'ordre du jour cf. PV  
principal)

TEILNEHMER

Präsidium : Rychen

Anwesende Mitglieder : Frey Claude, Aubry,  
Bär, Bircher Silvio, Bortoluzzi (ersetzt  
Fischer-Hägglingen), Caccia, Columberg, Eggly,  
Frey Walter, Grendelmeier, Haller, Maitre,  
Moser, Mühlemann, Nabholz, Oehler, Rebeaud,  
Rechsteiner (ersetzt Bäumlin), Ruffy,  
Scheidegger, Segmüller, Steffen, Vollmer,  
Wyss Paul, Ziegler Jean

Entschuldigt : Berger,  
am Nachmittag : Maitre, Oehler

Andere Teilnehmer :

F. Meier, Stv. GS/EDA (Traktanden 6 und 7)  
A. Nell, Stv. GS/EVD (Traktandum 6)

Kommissionssekretär : A. Aebi

Protokoll : I. Stauffer (d)  
H. Baessler (f)



6. Vorbereitung der Sitzungen vom 11. und 12. Mai 1992, vom 25./26. Juni 1992 und Festlegung zusätzlicher Sitzungen im Zusammenhang mit der EWR-Botschaft und dem 3. Integrationsbericht

Präsident: In einem Gespräch, das kürzlich zwischen den beiden Ratspräsidenten und einer Delegation des Bundesrates stattgefunden hat, ist die ganze Terminplanung zum EWR und zum Integrationsbericht erörtert worden. Dabei wurde festgehalten, dass die EWR-Botschaft und der 3. Integrationsbericht am 20. Mai verabschiedet und dem Parlament zugeleitet werden. Die beiden Eurolex-Botschaften werden wenn möglich am 27. Mai verabschiedet und dem Parlament zugeleitet und das Transitabkommen voraussichtlich am 20. Mai. Der provisorische Terminplan für die Behandlung dieser Fragen in den beiden Kammern sieht folgendes vor:

Sondersession im August

Nationalrat:

1. Woche: Beratung der EWR-Botschaft und des 3. Integrationsberichts
2. Woche: Beratung eines Teils der Eurolex-Vorlagen

Ständerat:

1. Woche: Ein Teil der Eurolex-Vorlagen
2. Woche: Keine Plenarsitzung. Reserviert für Kommissionssitzungen

Herbstsession

Nationalrat

1. Woche: Rest der Eurolex-Vorlagen
- 2./ 3.: Allfällige Differenzbereinigungen

Ständerat

1. Woche der Herbstsession: EWR-Botschaft und Integrationsbericht
2. Woche: Rest der Eurolex-Vorlagen
- 2./ 3. Woche: Allfällige Differenzbereinigungen.

Das Ziel wäre, dass Ende der Herbstsession der Integrationsbericht, die Eurolex-Vorlagen und die EWR-Botschaft zuende beraten wären. Wann die Volksabstimmung stattfinden soll, ist noch offen. Ich sage Ihnen ganz klar - und werde auch in der Öffentlichkeit nie anders Stellung nehmen - , dass es für uns alle kaum von Gutem ist, wenn wir in einem solchen Tempo alles durchpeitschen und dann noch zwischen Oktober und Dezember die öffentliche Meinung bilden wollen. Persönlich trete ich dafür ein, dass die Volksabstimmung im Frühjahr 1993 stattfindet.

Für unsere Kommission stellt sich die Situation wie folgt dar: Die Doppelsitzung vom Mai können wir nicht benutzen für Integrationsbericht und EWR. Wir könnten diese Tage zur Diskussion über Neutralitätsfragen benutzen - es wird allerdings nicht leicht sein, in so kurzer Frist Leute aus anderen neutralen Ländern herzubitten. Für die Behandlung von EWR und Integrationsbericht haben wir im Juni eine Sitzung vorgesehen; aber wahrscheinlich reichen die vorgesehenen beiden



Tage nicht. Ich schlage Ihnen vor, vorgängig zur Eintretensdebatte Anhörungen von interessierten Wirtschaftskreisen zu machen. Wir würden dazu auch die Mitglieder der ständerätlichen Kommission einladen. Diese Anhörung könnte am 24. Juni stattfinden. - Sollten diese drei Tage nicht genügen, müssten wir im August noch zusätzlich einen oder zwei Tage einplanen. Die geplanten Sitzungstage vom 31. August und 1. September fallen weg, weil sie in die Sondersession fallen.

Frau Bär: Ich schlage vor, dass wir die drei Tage der Junisitzung nicht in Bern, sondern in einer Klausur - z.B. irgendwo am Thunersee - durchführen. Kommen eigentlich auch noch Geschäfte aus den Eurolex-Vorlagen in unsere Kommission?

Präsident: Nein, gar keine. Die Kommission hat an der letzten Sitzung meinem Vorschlag zugestimmt, die Junisitzung an meinem Wohnort Lyss durchzuführen.

Nachdem einige Kommissionsmitglieder am 24. Juni verhindert sind, entspinnt sich eine kurze Diskussion um das Datum. Es wird einzeln über den 22., 23., und 24. Juni abgestimmt. Dabei bleibt es beim 24. Juni. An diesem Tag soll das Hearing stattfinden und an den darauffolgenden beiden Tagen die Debatte. Herr Bundesrat Delamuraz wird am 26. Juni verhindert sein, während Herr Bundespräsident Felber an beiden Tagen dabei sein kann.

Präsident: Die Kommission ist mit der Durchführung einer Anhörung einverstanden. Ich schlage Ihnen vor, die Spitzenverbände der Wirtschaft einzuladen: Vorort, Gewerbeverband, Bauernverband und Gewerkschaftsbund.

Frau Bär: Und Vertreter von Umweltorganisationen.

Präsident: Es könnten auch Vertreter aus den Kantonen, z.B. eine Delegation der Volkswirtschaftsdirektoren, angehört werden und möglicherweise die Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete. Wenn sie noch andere Organisationen berücksichtigen möchten, machen Sie uns bitte die Anregung. - Soll die Anhörung öffentlich durchgeführt werden?

#### Abstimmung - Vote

Für Oeffentlichkeit	5 Stimmen
Für interne Durchführung	offensichtliches Mehr

Präsident: Ich möchte zurückkommen auf die Festlegung eines Reservedatums.

Die 1. Juliwoche, die als Reservedatum sicher sinnvoll wäre, kommt nicht in Frage, weil dann die Europaratssession stattfindet. Am 6./ 7. Juli finden bereits Sitzungen der ständerätlichen Kommission zu diesem Thema statt. Nachdem noch einzeln über den 8., 9. und 10. Juli abgestimmt worden ist, muss das Reservedatum im August gesucht werden. Der 17. August ist fast allen Mitgliedern der Kommission genehm. Da Frau Bär



lieber am Thunersee als, wie vorgesehen, im Seeland tagen möchte, wird darüber abgestimmt.

#### Abstimmung - Vote

Für Lyss

offensichtliches Mehr

Präsident zur Maisitzung: Ich schlage vor, diese Sitzung auf einen Tag zu reduzieren. Wenn keine Leute für ein Hearing gefunden werden können, ist die Durchführung der Sitzung nicht unbedingt sinnvoll.

Frau Haller: Wir sollten versuchen, an einem dieser beiden Tage die Aussprache mit der Finanzkommission zu führen und den anderen Tag für die Fortführung der Neutralitätsdiskussion zu benutzen.

Scheidegger: Ich schlage vor, beide Tage offenzulassen, damit für die Einladung der Leute etwas Spielraum besteht. Die restlichen Traktanden können nach Festsetzung des Hearings programmiert werden.

Frau Grendelmeier: Wir sollten jetzt nicht Tage verschenken, die wir hinterher nicht mehr hineinbringen können.

Frey Walter: Ich stelle offiziell den Gegenantrag. Wir sind immer noch ein Milizparlament.

#### Abstimmung- Vote

Für Streichen der Maisitzung

Dagegen

offensichtliches Mehr

#### 7. Verschiedenes

Frau Grendelmeier: Ich möchte, dass man auf die Festsetzung der Reiseziele unserer Kommission zurückkommt. Dänemark als ausgesprochen euroskeptisches Land und Schweden als ein Land, das gegenüber der Schweiz Vorbehalte hat, scheinen mir als Reiseziele nicht besonders geeignet.

Präsident: Ihr Brief (siehe Anhang) wurde an alle Mitglieder der Kommission verschickt. Erst wenn das Büro über die Reisen entschieden hat, werden wir definitiv beschliessen, welche Länder unsere Delegation besuchen soll.

Schluss der Sitzung um 17.10 Uhr



Anhang

NATIONALRAT  
CONSEIL NATIONAL  
CONSIGLIO NAZIONALE

V. Grendelmeier/APK

10. April 1992

Herrn Nationalrat  
Albrecht Rychen  
Präsident der APK

Kappelenstrasse 12

3250 Lyss

Sehr geehrter Herr Präsident

Ich bitte Sie, an der Sitzung vom 21. April 1992 auf die zweite Reisedestination für die APK bezüglich EG/EWR zurückzukommen.

Beschlossen wurden Dänemark und Schweden. Das scheint mir problematisch. Dänemark ist der EG gegenüber skeptisch und Schweden hat gegenüber der Schweiz erhebliche Vorbehalte. Ich schlage eine ausgewogenere Auswahl vor:

z.B. Portugal / Norwegen  
od. Holland / Finnland  
od. Dänemark / Oesterreich etc.

(ein EG-Land + ein EFTA-Land)

Mit freundlichen Grüßen

Verena Grendelmeier

Kopie an alle APK-Mitglieder